

Initiateur

Le présent arrêté est proposé par la Ministre flamande de la Mobilité et des Travaux publics.
Après délibération,

LE GOUVERNEMENT FLAMAND ARRÊTE :

Article 1^{er}. La N270 entre les points kilométriques 0k000 et 3k036, telle qu'indiquée sur le plan 1M3D8F G 011767 00, située sur le territoire de la commune de Zemst, est classée dans les routes communales.

Art. 2. Pour ce transfert, la commune de Zemst reçoit une subvention d'investissement pour la remise en bon état de la route selon les modalités de la convention qui est conclue avec la Région flamande.

Art. 3. Le ministre flamand compétent pour l'infrastructure et la politique routières est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 18 février 2022.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,

J. JAMBON

La Ministre flamande de la Mobilité et des Travaux publics,

L. PEETERS

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/201841]

15. DEZEMBER 2021 — Programmdekret 2021

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1. — *PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN*

Abschnitt 1 — Senioren

Artikel 1 - In Kapitel 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege wird folgender Artikel 26.1 eingefügt:

"Art. 26.1 - Mitspracherecht in Wohnstrukturen

Dienstleister von Wohn- und Pflegezentren für Senioren und von Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf richten jeweils folgende Gremien ein:

1. ein Bewohnergremium, bestehend aus Bewohnern des Angebots;
2. ein Angehörigengremium, bestehend aus Bezugspersonen von Bewohnern des Angebots.

Die in Absatz 1 erwähnten Gremien sind entweder pro Wohn- bzw. Teilbereich oder für die gesamte Einrichtung einzurichten.

Der Dienstleister ist verpflichtet, beide Gremien zu informieren und anzuhören, wenn er Veränderungen oder Entscheidungen in den folgenden Themenbereichen vorzunehmen beabsichtigt:

1. in Fragen des Miteinanderlebens und des Wohnens;
2. in Fragen der Pflege, Begleitung und der Mahlzeiten;
3. bei Änderung der Hausordnung und Verträge;
4. bei der Gestaltung der Aufenthaltsbedingungen, des Alltags und der Freizeit.

Der Dienstleister ist zudem verpflichtet, beide Gremien über anstehende bauliche Maßnahmen, eine Erweiterung, Einschränkung oder Einstellung der Angebote zu informieren.

Die Gremien haben mindestens in den in den Absätzen 3 und 4 erwähnten Themengebieten Mitwirkungsrecht und können dem Dienstleister hierzu Anregungen und Vorschläge unterbreiten.

Beide Gremien können Beschwerden von Bewohnern und Bezugspersonen weiterleiten und an einer Lösungsfindung mitwirken. Sie ermuntern und unterstützen die Bewohner sowie die Bezugspersonen aktiv, Missstände und Verbesserungspotentiale aufzuzeigen.

Sie helfen neuen Bewohnern und deren Bezugspersonen, sich in der Wohnstruktur zurechtzufinden."

Abschnitt 2 — Gesundheit

Art. 2 - Artikel 10.1.10 § 2 Absatz 1 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

"6. Impfbereitschaft schaffen und deren Funktionsweise festlegen."

Art. 3 - Artikel 10.6.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In § 4 Absatz 1 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

“3. können Personen, die keine Gefahr für die Volksgesundheit darstellen, ganz oder teilweise von der zeitlich begrenzten Isolation oder der Quarantäne sowie der Untersuchung freigestellt werden.”

3. Folgender § 4.1 wird eingefügt:

“§ 4.1 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels und um dem Bürger den Nachweis auf eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) zu ermöglichen, kann die Regierung:

1. die Durchführung von Tests auf eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) organisieren und die entsprechenden Modalitäten festlegen;

2. Testzentren schaffen und ihre Funktionsweise festlegen.”

Art. 4 - Artikel 10.6.4 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Oktober 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird die Angabe “200 Personen” durch die Angabe “100 Personen” ersetzt.

2. In Nummer 3 wird die Angabe “200 Personen” durch die Angabe “100 Personen” ersetzt.

Art. 5 - Artikel 10.6.11 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Oktober 2021, wird aufgehoben.

Abschnitt 3 — Familie

Art. 6 - In Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, abgeändert durch die Dekrete vom 2. März 2015 und vom 10. Dezember 2020, wird die Wortfolge “den Räumlichkeiten einer Unterrichtseinrichtung oder in Räumlichkeiten statt, die dieser angegliedert sind” durch die Wortfolge “einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule statt” ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 15 § 3 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird folgender Buchstabe j) eingefügt:

“j) die Nationalregisternummer;”

Art. 8 - In Artikel 42 Absatz 2 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird die Wortfolge “kann die Regierung, nachdem sie alle dienlichen Schritte zur Erlangung dieser Auskünfte unternommen hat, ihren Beschluss auf Grundlage der Auskünfte fassen, über die sie verfügt” durch die Wortfolge “lehnt die Regierung den Antrag ab” ersetzt.

Art. 9 - Artikel 50 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

“In Abweichung von Absatz 1 erfolgt die Zahlung auf ein Konto, dessen Kontonummer nicht im SEPA-Format ausgegeben ist, im Laufe des Monats nach dem Halbjahr, auf das sie sich bezieht.”

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge “bei einem Kreditinstitut, wie in Artikel 1 § 3 des Gesetzes vom 25. April 2014 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute und der Börsengesellschaften bestimmt,” gestrichen.

Art. 10 - Artikel 57 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 3 wird eingefügt:

“3. sie für einen Zeitraum ausgezahlt wurden, für den der Empfänger in Anwendung von Artikel 42 trotz eines Erinnerungsschreibens nach mehr als einem Monat ab Versand dieses Schreibens nicht die beantragten zusätzlichen Auskünfte erteilt hat.”

Art. 11 - Artikel 75 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge “fünf Jahren” durch die Wortfolge “drei Jahren” ersetzt.

2. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge “fünf Jahre” durch die Wortfolge “drei Jahre” ersetzt.

Art. 12 - In Kapitel 9 Abschnitt 2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird folgender Artikel 117.2 eingefügt:

“Art. 117.2 - Übergangsbestimmung

Artikel 75, in seiner Fassung vom 1. April 2022, ist anwendbar auf alle Anträge und Rechtsklagen zur Einforderung von Familienleistungen, die ab dem 1. April 2022 eingereicht werden. Anträge und Rechtsklagen, die vor diesem Datum eingereicht wurden, unterliegen der Anwendung von Artikel 75 in seiner Fassung vom 31. März 2022.”

Abschnitt 4 — Soziales

Art. 13 - In Kapitel III des Dekrets vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird folgender Artikel 14^{ter} eingefügt:

“Art. 14^{ter} - In Abweichung von Artikel 3 § 2 Absatz 2 zweiter Spiegelstrich sind die Schuldnerberatungsstellen für die Jahre 2020 und 2021 von der Verpflichtung befreit, die mit der Schuldnerberatung beauftragte Person an einer von der Regierung anerkannten Weiterbildung von mindestens sechs Stunden teilnehmen zu lassen.”

Abschnitt 5 — Jugendhilfe und Adoption

Art. 14 - Artikel 6bis § 2 Nummer 2 des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche, ersetzt durch das Dekret vom 27. April 2020, wird wie folgt ersetzt:

“2. Übernahme von Kosten und finanziellen Unterstützungen, die im Rahmen der Artikel 5 Absatz 2, 33 § 1, 35 Absatz 4, 55 Absatz 4 und 56 Absatz 4 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern entstehen;”

Art. 15 - In Artikel 33.1 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, eingefügt durch das Dekret vom 23. April 2018, wird die Wortfolge “von vorliegendem Dekret” durch die Wortfolge “einer Jugendhilfemaßnahme” ersetzt.

Art. 16 - In Artikel 33.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. April 2018, wird die Wortfolge "von vorliegendem Dekret" durch die Wortfolge "einer Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme" ersetzt.

Art. 17 - In Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern wird zwischen das Wort "anerkannte" und das Wort "juristische" die Wortfolge "Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht oder" eingefügt und die Wortfolge "privaten oder" gestrichen.

Art. 18 - In Artikel 12 § 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "bzw. Teilantrag" gestrichen.

Art. 19 - Artikel 24 § 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Die ZBGA kann einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in § 2 und 3 erwähnten Aufgaben beauftragen."

Art. 20 - Artikel 25 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Die ZBGA kann einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in § 1 erwähnten Aufgaben beauftragen."

Art. 21 - Artikel 26 Absatz 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Aufgaben beauftragen."

Art. 22 - Artikel 31 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen Dritte mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der Adoptionsvorbereitung beauftragen."

2. In Absatz 3 wird das Wort "ganz" durch das Wort "vollständig" ersetzt.

Art. 23 - In Artikel 33 § 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge ", die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung" durch die Wortfolge "sowie die Modalitäten zur Finanzierung dieser Adoptionsvorbereitung, einschließlich einer eventuellen finanziellen Unterstützung der Adoptionskandidaten," ersetzt.

Art. 24 - Artikel 35 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann Honorarkräfte mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in Absatz 1 erwähnten Sozialuntersuchung beauftragen."

2. In Absatz 4 wird zwischen das Wort "Durchführung" und das Wort "der" die Wortfolge "und zur Finanzierung" eingefügt und die Wortfolge "die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung" wird durch die Wortfolge "einschließlich einer eventuellen finanziellen Unterstützung der Adoptionskandidaten, sowie das Muster des in Artikel 5 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption erwähnten Dokuments" ersetzt.

Art. 25 - Artikel 36 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann Honorarkräfte mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in Absatz 1 erwähnten Sozialuntersuchung beauftragen."

Art. 26 - Artikel 37 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann Honorarkräfte mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in Absatz 1 erwähnten Sozialuntersuchung beauftragen."

Art. 27 - Artikel 38 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann Honorarkräfte mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in Absatz 1 erwähnten Sozialuntersuchung beauftragen."

2. In Absatz 3 wird zwischen das Wort "Durchführung" und das Wort "der" die Wortfolge "und zur Finanzierung" eingefügt.

Art. 28 - Artikel 55 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in Absatz 1 erwähnten Aufgaben beauftragen."

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen externe Dienste und Personen mit der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Begleitung und Unterstützung beauftragen."

3. In Absatz 4 wird die Wortfolge "Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Adoptionsbegleitung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung" durch die Wortfolge "Modalitäten zur Finanzierung der in Absatz 3 erwähnten Begleitung und Unterstützung, einschließlich einer eventuellen Kostenübernahme durch die ZBGA," ersetzt.

Art. 29 - Artikel 56 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die ZBGA kann einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der in Absatz 1 erwähnten Nachbetreuung beauftragen."

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Erfordert die Nachbetreuung des adoptierten Kindes und der Adoptierenden eine Begleitung und Unterstützung durch externe Dienste und Personen, kann die ZBGA diese Dienste und Personen unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen mit der Begleitung und Unterstützung beauftragen.“

3. In Absatz 4 wird die Wortfolge „Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Nachbetreuung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung“ durch die Wortfolge „Modalitäten zur Finanzierung der in Absatz 1 erwähnten Nachbetreuung sowie der in Absatz 3 erwähnten externen Begleitung und Unterstützung, einschließlich einer eventuellen Kostenübernahme durch die ZBGA,“ ersetzt.

Art. 30 - Artikel 59 § 3 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird die Angabe „, 55 Absatz 3 und 56 Absatz 3“ gestrichen.
 2. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
 3. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:
- „6. die in Artikel 55 Absatz 3 und 56 Absatz 3 erwähnten Dienste und Personen.“

KAPITEL 2 — KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Kultur

Art. 31 - In Artikel 16 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen Absatz 3 und Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Der Antragsteller verfügt über 24 Monate ab Erteilung der Zuschusszusage, um sein Werk zu veröffentlichen. Die Regierung kann diese Frist auf schriftliche Anfrage hin einmalig um bis zu zwölf Monate verlängern. Wird die Frist zur Veröffentlichung nicht eingehalten, fordert die Regierung den Zuschuss zurück.“

Art. 32 - In Artikel 43.3 § 2 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Der Antragsteller verfügt über 24 Monate ab Erteilung der Zuschusszusage, um sein Werk zu veröffentlichen. Die Regierung kann diese Frist auf schriftliche Anfrage hin einmalig um bis zu zwölf Monate verlängern. Wird die Frist zur Veröffentlichung nicht eingehalten, fordert die Regierung den Zuschuss zurück.“

Art. 33 - In Artikel 93.4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„In Abweichung von Artikel 46 erhält eine in der Kunstsparte Musik tätige Amateurkunstvereinigung für die Kalenderjahre 2022 und 2023 eine Förderung auf Grundlage des zuletzt vorliegenden Einstufungsergebnisses.“

Art. 34 - In Kapitel 7.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2021, wird folgender Artikel 93.9 eingefügt:

„Art. 93.9 - Einstufung und Förderung der Amateurkunstvereinigungen in der Kunstsparte Musik

In Abweichung von Artikel 47 veröffentlicht die Regierung den nächstfolgenden Bewerbungsauftrag für:

1. die Einstufung der Musikvereine im Kalenderjahr 2023;
2. die Einstufung der Instrumentalensembles, Kammermusikensembles, Chöre, Vokalensembles sowie Kinder- und Jugendchöre im Kalenderjahr 2024.

Unbeschadet des Artikels 46 wird die Einstufung der zum 1. Januar 2022 bereits geförderten Amateurkunstvereinigungen in der Kunstsparte Musik um zwei Jahre verlängert.“

Abschnitt 2 — Sport

Art. 35 - Im Dekret vom 20. Januar 1992 zur Gewährung von Zuschüssen für die Anschaffung von Sportmaterial, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000 und 7. Januar 2002, wird das Wort „Exekutive“ jeweils durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 36 - Artikel 2 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Antragsberechtigt sind:

1. Sportvereine, die in den Genuss der Basisförderung einer der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets gemäß Artikel 12 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfzentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft kommen oder einen Zuschuss der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten haben;
2. Sportfachverbände und lokale Sporträte im Sinne von Artikel 3 Nummern 6 und 7 des Sportdekrets vom 19. April 2004;
3. Gemeinden und autonome Gemeinderegionen des deutschen Sprachgebiets;
4. Elternvereinigungen, die im deutschen Sprachgebiet tätig sind.“

Art. 37 - In Artikel 4 Absatz 1 desselben Dekrets wird Satz 2 gestrichen.

Art. 38 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 7.1 eingefügt:

„Art. 7.1 - Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung dieses Dekrets gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der

Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.“

Art. 39 - Artikel 16 des Sportdekrets vom 19. April 2004, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Ein Sportfachverband erhält zusätzlich:

- 175 EUR pro Verein, wenn er 3 bis 10 Vereine umfasst;
- 200 EUR pro Verein, wenn er 11 bis 20 Vereine umfasst;
- 225 EUR pro Verein, wenn er mindestens 21 Vereine umfasst.“

2. In § 2 Absatz 2 Nummer 3 wird die Angabe „21 Jahre“ durch die Angabe „25 Jahre“ ersetzt.

Art. 40 - In Artikel 23 Absatz 3 Nummer 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „Trainer D Übungsleiter ohne Qualifikation“ durch die Wortfolge „Trainer D - Hilfstrainer, Inhaber eines Anerkennungsnachweises ehrenamtliche Jugendleiterin oder Anerkennungsnachweises ehrenamtlicher Jugendleiter der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 41 - In Artikel 27 § 2 Nummer 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Angabe „Trainer D“ durch die Wortfolge „Trainer D - Hilfstrainer“ ersetzt.

Art. 42 - In Artikel 54 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Wurde in einer Sportart mehr als ein Sportfachverband anerkannt, wird der zusätzliche Zuschuss für Sportfachverbände für das Jahr 2022 in Abweichung von Artikel 16 § 1 Absatz 2 wie folgt berechnet:

- 500 EUR, wenn er bis zu 5 Vereine umfasst;
- 1.000 EUR, wenn er 6 bis 14 Vereine umfasst;
- 2.000 EUR, wenn er mindestens 15 Vereine umfasst.“

Art. 43 - Artikel 2 des Dekrets vom 30. Januar 2006 zur Vorbeugung gesundheitlicher Schäden bei sportlicher Betätigung, abgeändert durch das Dekret vom 19. Dezember 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 6 wird wie folgt ersetzt:

„6. Dachverband: den gemäß dem Sportdekret vom 19. April 2004 anerkannten Dachverband für den Sport in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;“

2. Nummer 7 wird aufgehoben.

Art. 44 - In Artikel 24 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der Sportkommission“ durch die Wortfolge „des Dachverbands“ ersetzt.

Art. 45 - In Artikel 29 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der Sportkommission“ durch die Wortfolge „des Dachverbands“ ersetzt.

Art. 46 - In Artikel 14 Absatz 3 des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird die Wortfolge „ein Jahr“ durch die Wortfolge „zwei Jahre“ und die Wortfolge „des Jahres 2020“ durch die Wortfolge „der Jahre 2020 und 2021“ ersetzt.

Abschnitt 3 — Medien

Art. 47 - Artikel 7 des Dekrets vom 25. März 2013 zur Anerkennung und Bezuschussung einer Einrichtung zu Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge „Dekret vom 27. Juli 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen“ durch die Wortfolge „Dekret vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen“ ersetzt.

2. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge „zum audiovisuellen Sektor“ durch die Wortfolge „zu Mediendiensten im Sinne des Artikels 4 Nummer 35 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen“ ersetzt.

3. Im einleitenden Satz von § 2 Absatz 3 wird das Wort „Rundfunk“ durch das Wort „Mediendienste“ und die Wortfolge „Anbieter audiovisueller Dienste“ durch die Wortfolge „Anbieter von Mediendiensten“ ersetzt.

4. In § 2 Absatz 3 Nummer 5 wird die Wortfolge „Anbieter audiovisueller Mediendienste“ durch die Wortfolge „Anbieter von Mediendiensten“ ersetzt.

5. In § 3 Absatz 1 wird das Wort „Rundfunk“ durch das Wort „Mediendienste“ und die Wortfolge „Anbieters eines audiovisuellen Mediendienstes“ durch die Wortfolge „Anbieters eines Mediendienstes“ ersetzt.

Art. 48 - Artikel 4 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen wird wie folgt abgeändert

1. Folgende Nummer 26.1 wird eingefügt:

„26.1. Funkfrequenzzuweisung: die Benennung einer bestimmten Funkfrequenz oder eines bestimmten Funkfrequenzbandes für die Nutzung durch einen oder mehrere audiovisuelle und/oder auditive Mediendienste, gegebenenfalls unter genau festgelegten Bedingungen;“

2. Folgende Nummer 38.1 wird eingefügt:

„38.1. Netz mit sehr hoher Kapazität: entweder ein elektronisches Kommunikationsnetz, das komplett aus Glasfaserkomponenten zumindest bis zum Verteilerpunkt am Ort der Nutzung besteht, oder ein elektronisches Kommunikationsnetz, das zu üblichen Spitzenlastzeiten eine ähnliche Netzleistung in Bezug auf die verfügbare Downlink- und Uplink-Bandbreite, Ausfallsicherheit, fehlerbezogene Parameter, Latenz und Latenzschwankung bieten kann; die Netzleistung kann als vergleichbar gelten, unabhängig davon, ob der Endnutzer Schwankungen feststellt, die auf die verschiedenen inhärenten Merkmale des Mediums des Mediums zurückzuführen sind, über das das Netz letztlich mit dem Netzabschlusspunkt verbunden ist;“

Art. 49 - Artikel 8 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Private Mediendiensteanbieter haben für jeden Mediendienst, den sie anzubieten beabsichtigen, einer Meldepflicht beim Medienrat nachzukommen. Anbieter, die Mediendienste mittels eines selbstbetriebenen elektronischen Kommunikationsnetzes unter Nutzung einer Funkfrequenz gemäß Artikel 58 erbringen möchten, sind für diese

Dienste von dieser Meldepflicht ausgenommen. Der Medienrat bestätigt den Empfang der Meldung. Der Anbieter darf die Tätigkeit frühestens am Tag nach dem Empfang dieser Bestätigung aufnehmen.“

Art. 50 - Artikel 44 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort "Beteiligten" wird durch die Wortfolge "interessierten Kreisen" und die Wortfolge "vier Wochen" durch die Wortfolge "30 Tagen" ersetzt.

2. Folgende Sätze werden eingefügt:

"Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden vom Medienrat auf der gemäß Artikel 116 § 1 eingerichteten Informationsstelle veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 124."

Art. 51 - Artikel 50 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird Satz 1 wie folgt ersetzt:

"Die Regierung nimmt die Funkfrequenzzuweisung vor. Sie stellt den Plan der Funkfrequenzen auf, die den verschiedenen linearen audiovisuellen und auditiven Mediendiensten zugeteilt werden können, unter Berücksichtigung der entsprechenden föderalen technischen Normen und des föderalen Verteilungsplans zwischen zivilen und militärischen Funkfrequenzbändern sowie der Zusammenarbeitsabkommen mit anderen Gemeinschaften und/oder dem Föderalstaat."

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Wenn die Regierung beabsichtigt, den Plan der Funkfrequenzen aufzustellen oder abzuändern, räumt sie vorab den interessierten Kreisen eine ausreichende Frist ein, um ihren Standpunkt zu den geplanten Änderungen darzulegen. Diese Frist beträgt, der Komplexität des Sachverhalts entsprechend und von außergewöhnlichen Umständen abgesehen, mindestens 30 Tage. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden von der Regierung auf der vom Medienrat gemäß Artikel 116 § 1 eingerichteten Informationsstelle veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten."

Art. 52 - Artikel 52 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge "und Ausschreibungen" eingefügt.

2. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Jede Funkfrequenzzuteilung, mit Ausnahme der Funkfrequenzzuteilungen gemäß Artikel 57, erfordert eine vorherige Ausschreibung durch den Medienrat. Diese Ausschreibung wird im *Belgischen Staatsblatt* und auf der gemäß Artikel 116 § 1 eingerichteten Informationsstelle veröffentlicht. In diesen Ausschreibungen gibt der Medienrat den Bestand sämtlicher in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügbarer bzw. künftig verfügbarer Funkfrequenzen sowie gegebenenfalls die Aufteilung der Funkfrequenzen nach Senderkategorien, den Zeitpunkt, zu dem sie für eine Zuteilung zur Verfügung stehen, sowie die verfügbaren Sendezeiten für jede Übertragungsart unter Festsetzung einer angemessenen Frist für die Stellung der Anträge bekannt."

Art. 53 - Im einleitenden Satz von Artikel 55 § 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "auditive Mediendienste, die bereitgestellt sind für Sendernetze, Regionalsender oder audiovisuelle Mediendienstanbieter," durch die Wortfolge "Sendernetze, Regionalsender oder audiovisuelle Mediendienste" ersetzt.

Art. 54 - Artikel 58 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 bis 6 werden zu § 1 Absätze 1 bis 6.

2. In § 1 Absatz 1 wird die Angabe "Artikel 46" durch die Angabe "den Artikeln 8 und 46" ersetzt.

3. Im einleitenden Satz von § 1 Absatz 3 wird die Angabe "Artikel 55" durch die Angabe "Artikel 52 Absatz 2" ersetzt.

4. In § 1 Absatz 3 Nummer 4 Buchstabe f) wird die Wortfolge "und Lokalsender" durch die Wortfolge "Lokalsender und lineare audiovisuelle Mediendienste, die sich an das Publikum im deutschen Sprachgebiet wenden" ersetzt.

5. In § 1 Absatz 6 wird die Wortfolge "den Beschluss" jeweils durch die Wortfolge "die Entscheidung" ersetzt.

6. Folgender § 2 wird eingefügt:

"§ 2 - Falls ein Anbieter, mit Ausnahme der Anbieter von Schulradios und Veranstaltungsradios, der schon über ein vom Medienrat zugeteiltes Nutzungsrecht für eine oder mehrere Funkfrequenzen verfügt, die Zuteilung von einer oder mehreren zusätzlichen Funkfrequenzen beantragt, unterliegt er einem vereinfachten Verfahren. In diesem Fall sind nur die Angaben gemäß § 1 Absatz 3 Nummern 1, 3, 7 bis 16 dem Medienrat mitzuteilen. Der Medienrat bestimmt das Format des Antragformulars. Darüber hinaus bleiben § 1 Absätze 1, 2, 4 bis 6 sowie Artikel 65 anwendbar."

Art. 55 - Artikel 59 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort "Frequenzzuteilungen" durch das Wort "Funkfrequenzzuteilungen" ersetzt.

2. Der einzige Absatz wird zu § 1.

3. In § 1 wird der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

"Stellt der Medienrat fest, dass Nutzungsrechte für Funkfrequenzen zahlenmäßig beschränkt werden müssen bzw. dass bei einer Ausschreibung die Nachfrage nach der Zuteilung einer Funkfrequenz größer ist als das verfügbare Angebot, bewertet er die Anträge gemäß Artikel 58 unter Berücksichtigung folgender Kriterien: "

4. Folgender § 2 wird eingefügt:

"§ 2 - Falls bei einer Funkfrequenzausschreibung mehrere Antragsteller eine Zuteilung derselben Frequenz beantragen, gibt der Medienrat vor einer Entscheidung interessierten Kreisen innerhalb einer angemessenen Frist, die der Komplexität des Sachverhalts entspricht und, von außergewöhnlichen Umständen abgesehen, mindestens 30 Tage beträgt, Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden vom Medienrat auf der gemäß Artikel 116 § 1 eingerichteten Informationsstelle veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 124."

Art. 56 - In Artikel 66 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Vor einer Entscheidung gibt der Medienrat den interessierten Kreisen, einschließlich Nutzern und Verbrauchern, die Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens 30 Tagen Stellung zu beziehen. Bei außergewöhnlichen Umständen kann die Frist kürzer sein. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden vom Medienrat auf der gemäß Artikel 116 § 1 eingerichteten Informationsstelle veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 124.“

Art. 57 - Artikel 67 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Vor einer Rücknahme des Rechts auf Frequenznutzung ohne Zustimmung des Rechteinhabers gibt der Medienrat interessierten Kreisen innerhalb einer angemessenen Frist, die der Komplexität des Sachverhalts entspricht und, von außergewöhnlichen Umständen abgesehen, mindestens 30 Tage beträgt, Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden vom Medienrat auf der gemäß Artikel 116 § 1 eingerichteten Informationsstelle veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 124.“

Art. 58 - Artikel 71 § 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert.

1. Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der Medienrat ist befugt, den Betreibern eines elektronischen Kommunikationsnetzes und/oder dem Eigentümer einer Verkabelung und/oder einer zugehörigen Einrichtung, wenn es sich bei diesen Eigentümern nicht um Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze handelt, die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen und/oder zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilungspunkt, sofern dieser außerhalb des Gebäudes liegt, vorzuschreiben, wenn dies dadurch gerechtfertigt ist, dass eine Verdopplung dieser Infrastruktur wirtschaftlich ineffizient oder praktisch unmöglich wäre.“

2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Bevor der Medienrat Verpflichtungen gemäß dem vorliegenden Paragrafen auferlegt, gibt er interessierten Kreisen innerhalb einer angemessenen Frist, die der Komplexität des Sachverhalts entspricht und, von außergewöhnlichen Umständen abgesehen, mindestens 30 Tage beträgt, Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden vom Medienrat auf der gemäß Artikel 116 § 1 eingerichteten Informationsstelle veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 124.“

Art. 59 - Artikel 84 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Der Medienrat ist u. a. befugt, Änderungen des Standardangebots vorzuschreiben oder abzulehnen, um den gemäß diesem Dekret auferlegten Verpflichtungen Geltung zu verschaffen. Der Medienrat bestimmt die Modalitäten des Inkrafttretens des Standardangebots und seiner Änderungen.“

2. Folgender § 5 wird eingefügt:

„§ 5 - Möchte der Verfasser eines Standardangebots dieses ändern, teilt er dem Medienrat die gewünschte Änderung mindestens 90 Tage vor dem geplanten Datum des Inkrafttretens mit. Innerhalb dieser Frist kann der Medienrat dem Verfasser der geplanten Änderung mitteilen, dass er eine Entscheidung über die gewünschte Änderung treffen wird. Mit dieser Mitteilung wird das Inkrafttreten der gewünschten Änderung ausgesetzt.“

Art. 60 - In Artikel 89 § 3 Absatz 1 desselben Dekrets wird das Wort „Betreiber“ durch das Wort „Unternehmen“ ersetzt.

Art. 61 - In Artikel 93 § 3 Absatz 1 desselben Dekrets wird das Wort „beschließen“ durch das Wort „entscheiden“ ersetzt.

Art. 62 - In Artikel 97 § 2 Absatz 1 desselben Dekrets werden die Sätze 3 und 4 wie folgt ersetzt:

„Bevor er seine Entscheidung trifft, bittet der Medienrat die betreffenden Betreiber von elektronischen Kommunikationsdiensten und die Verbraucher über seine Website darum, eine Stellungnahme zum Entscheidungsentwurf innerhalb einer Frist von mindestens 30 Tagen abzugeben. Wird keine Stellungnahme innerhalb dieser Frist abgegeben, kann der Medienrat seine Entscheidung treffen. Bei der Anwendung dieses Artikels wahrt der Medienrat Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse der Beteiligten gemäß Artikel 124.“

Art. 63 - Artikel 101 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der Medienrat besteht aus mindestens drei und höchstens vier Mitgliedern. Die Regierung bestellt die Mitglieder des Medienrats und bestimmt aus deren Mitte einen Präsidenten und einen stellvertretenden Präsidenten. Der stellvertretende Präsident vertritt den Präsidenten, falls dieser verhindert ist.“

2. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge „gefassten Beschlüsse“ durch die Wortfolge „getroffenen Entscheidungen“ ersetzt.

3. In § 2 Absatz 3 wird zu Beginn des Absatzes folgender Satz eingefügt:

„Der Medienrat verfügt über Fachpersonal.“

4. In § 3 Absatz 1 wird das Wort „zugewiesenen“ gestrichen.

5. § 4 wird wie folgt ersetzt:

„§ 4 - Die Regierung sorgt dafür, dass dem Medienrat angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit dieser die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen kann.“

6. In § 5 Absatz 1 wird Satz 3 wie folgt ersetzt:

„Das Personal des Medienrats, Berater und Sachverständige können zu den Sitzungen des Medienrats mit dem Recht, sich zu den Beratungsthemen zu äußern, eingeladen werden.“

Art. 64 - Artikel 105 Absatz 1 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 65 - Artikel 106 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird Satz 2 wie folgt ersetzt:

“Sie beginnt mit der Eidesleistung des betroffenen Mitglieds.”

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

“Nach Ablauf ihrer Amtszeit führen die Mitglieder des Medienrats die Geschäfte weiter, bis ihre Nachfolger den Amtseid geleistet haben.”

Art. 66 - In Artikel 107 Absatz 3 desselben Dekrets wird das Wort “Beschlussfassung” durch das Wort “Entscheidungsfindung” ersetzt.

Art. 67 - Artikel 112 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 16 wird wie folgt ersetzt:

“16. die Veröffentlichung von Ausschreibungen und die Bekanntmachung von Informationen zur Verfügbarkeit von Funkfrequenzen gemäß Artikel 52;”

2. In Nummer 30 wird die Angabe “Artikel 116” durch die Angabe “den Artikeln 44 Absatz 1, 59 § 2, 66, 67 § 1, 71 § 2 und 3, 72 § 2, 73 § 3, 4 und 10, 77, 78, 93 § 2, 97 § 2, 116 und 117” ersetzt.

Art. 68 - In Artikel 114 § 2 Absatz 2 desselben Dekrets wird das Wort “beschließen” durch das Wort “entscheiden” ersetzt.

Art. 69 - Artikel 116 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort “einheitliche” gestrichen.

2. In § 2 Absatz 3 Satz 1 wird die Wortfolge “den Beschluss” durch die Wortfolge “die Entscheidung” ersetzt und Satz 3 wird wie folgt ersetzt:

“Will der Medienrat den Änderungsvorschlägen der Europäischen Kommission folgen, ändert er den Entwurf im Einklang mit dem Beschluss der Europäischen Kommission innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Beschlusses der Kommission ab, führt ein Anhörungsverfahren gemäß § 1 und übermittelt den geänderten Entwurf der Kommission.”

3. In § 3 wird die Wortfolge “Ein Beschluss” durch die Wortfolge “Eine Entscheidung” ersetzt.

Art. 70 - Artikel 117 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 4 wird aufgehoben.

2. In Absatz 5, der zu Absatz 4 wird, wird die Angabe “Artikel 32” durch die Angabe “Artikel 33” ersetzt.

3. In Absatz 6, der zu Absatz 5 wird, wird das Wort “Beschließt” durch das Wort “Entscheidet” und die Angabe “Artikel 32” durch die Angabe “Artikel 33” ersetzt.

Art. 71 - Artikel 124 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

“Art. 124 - Behandlung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen

Die Mitglieder, Berater, Sachverständigen und Personalmitglieder des Medienrats behandeln Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen in ihrer Tätigkeit für den Medienrat bekannt geworden sind, vertraulich. Dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.”

Art. 72 - Artikel 125 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben.

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

“3. andere Einkommen, insbesondere Schenkungen und Legate;”

Art. 73 - In Artikel 127 § 5 Absatz 2 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolge “beträgt vier Jahre” und die Wortfolge “und ist erneuerbar” die Wortfolge “ab ihrer Bestellung” eingefügt.

Art. 74 - Artikel 128 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 und 2 werden zu § 1 Absätze 1 und 2.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge “, insbesondere wenn das betroffene Mitglied gegen Artikel 130 § 5 verstoßen hat” eingefügt.

3. Folgender § 2 wird eingefügt:

“§ 2 - Ein Ersatzmitglied scheidet aus dem Beirat aus, wenn ihm das in Artikel 127 § 2 Absätze 1 und 2 genannte vorschlagende Organ das Mandat entzieht, insbesondere wenn das betroffene Ersatzmitglied gegen Artikel 130 § 5 verstoßen hat.”

Art. 75 - In Artikel 129 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Angabe “Artikel 116” durch die Angabe “Artikel 116 § 1” ersetzt.

Art. 76 - In Artikel 130 desselben Dekrets wird folgender § 5 eingefügt:

“§ 5 - Die Mitglieder, Ersatzmitglieder, Berater, Vertreter und Ersatzvertreter der in das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Listen und Sachverständigen des Beirats sowie das Mitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das die Protokollführung der Sitzungen und das Sekretariat des Beirates wahrnimmt, behandeln Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen in ihrer Tätigkeit für den Beirat bekannt geworden sind, vertraulich. Dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.”

Art. 77 - Artikel 134 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge “Spiel-, Animations- und Dokumentarfilmen aller Genres und Längen” durch die Wortfolge “Film-, Fernseh-, Video- und sonstigen audiovisuellen Medienproduktionen aller Genres einschließlich der Kosten für Produktionsvor- und Produktionsnachbereitung” ersetzt.

2. Im einleitenden Satz von Absatz 2 wird die Wortfolge "Filme von professionellen Produzenten oder Urhebern mit Sitz im deutschen Sprachgebiet oder Filme, die aufgrund des behandelten Themas einen geschichtlichen, kulturellen oder architektonischen Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft aufweisen" durch die Wortfolge "die in Absatz 1 erwähnten Produktionen" ersetzt.

3. Absatz 2 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. die Qualität der Produktion nachgewiesen ist und ein kultureller oder sonstiger Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht. Ein kultureller oder sonstiger Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft ist dann gegeben, wenn die Produktion inhaltlich eng mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft verknüpft ist oder der Träger der Produktion in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ansässig ist;"

4. Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4. von dem Antragsteller eine ausreichend genaue Beschreibung und Begründung für die Förderung vorliegt. Er muss über die notwendige Qualifikation und eine ausreichende personelle und materielle Kapazität zur Durchführung der Maßnahme verfügen."

5. Absatz 2 Nummer 5 wird aufgehoben.

Art. 78 - In Artikel 140 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolge "beauftragt der Präsident" und die Wortfolge "einen Auditor" die Wortfolge "gemäß Artikel 101 § 3" eingefügt.

Art. 79 - In der Überschrift von Artikel 142 desselben Dekrets wird das Wort "Beschlüsse" durch das Wort "Entscheidungen" ersetzt.

Art. 80 - Artikel 156 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Bisher nicht meldepflichtige Mediendienste, die auf der Grundlage von Artikel 8 des vorliegenden Dekrets meldepflichtig sind, müssen spätestens zwölf Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets gemeldet werden."

2. Zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Der Medienrat nimmt die Rechtsnachfolge des aufgrund von Artikel 86 § 2 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen eingesetzten Medienrats, und insbesondere seiner Beschlusskammer, wahr."

3. In Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird die Wortfolge "und der Gutachtenkammer" gestrichen und werden folgende Sätze eingefügt:

"Dies gilt auch für ein mögliches zusätzliches Mitglied des Medienrats, das am 31. Dezember 2021 im Amt ist. Die Amtszeit der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Gutachtenkammer des Medienrats, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets im Amt waren, endet spätestens am 4. Dezember 2025. Dies gilt auch für die anderen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirats, die am 31. Dezember 2021 im Amt sind."

KAPITEL 3 — UNTERRICHTSWESEN

Art. 81 - Artikel 4.9 § 2.1 Absatz 3 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird aufgehoben.

KAPITEL 4 — ÜBERTRAGENE REGIONALANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Denkmalschutz

Art. 82 - In Kapitel V des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird folgender Artikel 41.1 eingefügt:

"Art. 41.1 - Entschädigungen

Die Mitglieder der Kommission sowie die Personen, die in Anwendung von Artikel 39 Absatz 2 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen."

Abschnitt 2 — Bestattungen und Grabstätten

Art. 83 - Artikel 2 des Dekrets vom 14. Februar 2011 über Bestattungen und Grabstätten wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Friedhöfe und Krematorien" durch die Wortfolge "Friedhöfe, Krematorien und Urnenfriedhöfe" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Friedhöfen und Krematorien" durch die Wortfolge "Friedhöfen, Krematorien und Urnenfriedhöfe" ersetzt und die Wortfolge "der Friedhof oder das Krematorium" durch die Wortfolge "der Friedhof, das Krematorium oder der Urnenfriedhof" ersetzt.

Art. 84 - Die Überschrift von Kapitel 2 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 1 - Öffentliche Friedhöfe, Krematorien und Urnenfriedhöfe"

Art. 85 - Artikel 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Es kann ein Urnenfriedhof errichtet werden."

2. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Nur eine Gemeinde oder eine Interkommunale kann einen Friedhof, ein Krematorium oder einen Urnenfriedhof errichten und betreiben. Die Errichtung oder Erweiterung eines Friedhofs, eines Krematoriums oder eines Urnenfriedhofs erfolgt mit dem Einverständnis der Regierung."

3. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "Friedhofs oder Krematoriums" durch die Wortfolge "Friedhofs, Krematoriums oder Urnenfriedhofs" ersetzt.

4. In § 1 Absatz 5 Satz 1 wird die Wortfolge "sowie die Kriterien zur Errichtung, Erweiterung und Gestaltung der Friedhöfe und der Urnenfriedhöfe" eingefügt.

5. In § 3 wird das Wort "Friedhöfe" durch die Wortfolge "Friedhöfe und Urnenfriedhöfe" ersetzt.

Art. 86 - Artikel 29 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Auf einem Urnenfriedhof werden die Urnen in einer Grabstättenkonzession begraben."

2. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird das Wort "Friedhofs" durch die Wortfolge "Friedhofs oder Urnenfriedhofs" ersetzt.

Abschnitt 3 — Tourismus

Art. 87 - Artikel 22 § 1 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe "30.000 Euro" durch die Angabe "45.000 Euro", die Angabe "22.000 Euro" durch die Angabe "24.000 Euro" und die Angabe "6.500 Euro" durch die Angabe "7.000 Euro" ersetzt.

2. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Die Regierung kann jeweils nur eine touristische Informationsstelle der Kategorie 1 mit Sitz im Kanton Eupen und eine mit Sitz im Kanton St. Vith fördern."

Art. 88 - Artikel 8.3 Absatz 2 des Krisendekrets 2020-2021 vom 6. April 2020, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Für das Haushaltsjahr 2021 erhalten die Gemeinden eine zusätzliche Dotation in Höhe von 1.340.919,99 Euro zur Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise im Bereich des Tourismus auf kommunaler Ebene. Dieser Betrag wird wie folgt unter die Gemeinden aufgeteilt:

Amel 73.435,26 Euro

Büllingen 135.566,14 Euro

Burg-Reuland 37.520,11 Euro

Bütgenbach 171.984,69 Euro

Eupen 422.438,93 Euro

Kelmis 88.362,08 Euro

Lontzen 34.990,97 Euro

Raeren 80.289,42 Euro

St. Vith 296.332,39 Euro"

Abschnitt 4 — Wohnungswesen

Art. 89 - Artikel 29 § 1 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4. innovative Wohnprojekte im Rahmen einer Vereinbarung für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren."

3. In Absatz 2 wird die Angabe "Absatz 1" durch die Angabe "Absatz 1 Nummern 1 bis 3" ersetzt.

4. In Absatz 3 wird zwischen die Wortfolgen "anvertraut wurde," und "wird die Verwaltung" die Wortfolge "sowie den durch die Regierung im Rahmen einer Vereinbarung genehmigten innovativen Wohnprojekten" eingefügt.

Art. 90 - In Artikel 148 § 3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 kann der Verwaltungsrat ab dem 29. Juni 2021 bis zur erstfolgenden Neubestellung der Vertreter der Gemeinderäte und der Sozialhilferäte gemäß Artikel 151 zwei Vize-Präsidenten bestellen."

Art. 91 - Artikel 171bis § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 23. November 2006 und 30. April 2009 und das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Spiegelstrich 2 wird wie folgt ersetzt:

"- einem Vertreter von Organisationen, die von der Regierung vorrangig mit Aufgaben im Bereich des Verbraucherschutzes betraut worden sind, oder dessen Stellvertreter;"

2. Spiegelstrich 4 wird wie folgt wieder eingeführt:

"- einem Vertreter der Anwaltskammer oder dessen Stellvertreter;"

KAPITEL 5 — INFRASTRUKTUR

Art. 92 - In Artikel 24 § 2 Absatz 3 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur wird zwischen die Wortfolge "Zusage der Regierung vorliegt" und den Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge "oder die in Absatz 1 erwähnte Frist verstrichen ist" eingefügt.

Art. 93 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird folgender Artikel 35bis eingefügt:

"Art. 35bis - Standorte des Förderzentrums für den Sport

In Abweichung von Artikel 16 Absatz 1 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1-5 und 7-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben in Bezug auf von dem Dachverband für den Sport in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Standorte des Förderzentrums für den Sport genutzte Sportinfrastrukturen, die von einer Gemeinde, einer Gemeinderegierung oder einer Interkommunalen errichtet werden, 75 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben."

Art. 94 - In der Überschrift von Kapitel II Abschnitt 5 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird die Wortfolge "und psychiatrische Pflegewohnheime" eingefügt.

Art. 95 - In Artikel 44.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird zwischen die Wortfolgen "Infrastrukturvorhaben von Krankenhäusern" und "80 % des für eine Bezuschussung" die Wortfolge "und von psychiatrischen Pflegewohnheimen" eingefügt.

KAPITEL 6 — FINANZEN UND HAUSHALT

Art. 96 - Das Dekret vom 21. Oktober 1991 zur Erklärung der Anwendbarkeit von Artikel 4 des Domanialgesetzes vom 22. Dezember 1949 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft wird aufgehoben.

Art. 97 - In Artikel 1 Absatz 2 des Dekrets vom 14. Dezember 1992 zur Einrichtung eines Entschuldungsfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "Artikel 45 der durch Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991 koordinierten Gesetzgebung über das staatliche Rechnungswesen" durch die Wortfolge "Artikel 56 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

KAPITEL 7 — BESONDERE MASSNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER HOCHWASSERKATASTROPHE IM JULI 2021

Abschnitt 1 — Infrastruktur- und Ausstattungszuschüsse

Art. 98 - In Abweichung von Artikel 16 Absatz 1 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur beträgt der Zuschuss für in Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1-5 und Nummern 7-10 desselben Dekrets erwähnte Infrastrukturvorhaben, die der Erneuerung oder dem Ersatz nachweislich durch die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 beschädigter oder zerstörter Infrastrukturen dienen, 90% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Betrags der Ausgaben. Von den in Betracht kommenden Ausgaben werden die gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen abgezogen.

In Abweichung von Artikel 21 § 2 Absatz 5 desselben Dekrets können die entsprechenden Anträge ab dem 1. August 2021 bis zum 31. Dezember 2022 gestellt werden.

Art. 99 - In Abweichung von Artikel 16 Absatz 2 desselben Dekrets beträgt der Zuschuss für in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 desselben Dekrets erwähnte Infrastrukturvorhaben, die der Erneuerung oder dem Ersatz nachweislich durch die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 beschädigter oder zerstörter Ausstattungen dienen, 90 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Betrags der Ausgaben. Von den in Betracht kommenden Ausgaben werden die gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen abgezogen.

Die entsprechenden Anträge können ab dem 1. August 2021 bis zum 31. Dezember 2022 gestellt werden

In Abweichung von Artikel 24 § 2 Absatz 3 desselben Dekrets kann das Einverständnis der Regierung zur Bezuschussung eines Ausrüstungsgegenstands nach bereits getätigter Bestellung oder nach dem Ankauf erfolgen.

Abschnitt 2 — Ausrüstungszuschüsse

Art. 100 - In Abweichung von Artikel 5 und 6 Absatz 1 des Dekrets vom 20. Januar 1992 zur Gewährung von Zuschüssen für die Anschaffung von Sportmaterial können die in Artikel 2 desselben Dekrets erwähnten Antragsteller, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, für beschädigte oder zerstörte Ausrüstungsgegenstände eine Bezuschussung in Höhe von 90 % der in Betracht kommenden Ausgaben erhalten. Von den in Betracht kommenden Ausgaben werden die gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen abgezogen.

Die entsprechenden Anträge können ab dem 1. August 2021 bis zum 31. Dezember 2022 gestellt werden.

Das Einverständnis der Regierung zur Bezuschussung eines Ausrüstungsgegenstands kann nach bereits getätigter Bestellung oder nach dem Ankauf erfolgen.

Art. 101 - In Abweichung von Artikel 55.1 § 2 Absatz 1 Nummer 1, 55.2 § 2 und 55.3 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit können geförderte Jugendeinrichtungen, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, für beschädigte oder zerstörte Ausrüstungsgegenstände eine Bezuschussung in Höhe von 90 % der in Betracht kommenden Ausgaben erhalten. Von den in Betracht kommenden Ausgaben werden die gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen abgezogen.

Die entsprechenden Anträge können ab dem 1. August 2021 bis zum 31. Dezember 2022 gestellt werden.

Das Einverständnis der Regierung zur Bezuschussung eines Ausrüstungsgegenstands kann nach bereits getätigter Bestellung oder nach dem Ankauf erfolgen.

Art. 102 - In Abweichung von Artikel 79 § 2 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 80 § 2 und 81 § 1 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft können die in Artikel 80 § 1 desselben Dekrets erwähnten Antragsteller, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, für beschädigte oder zerstörte Ausrüstungsgegenstände eine Bezuschussung in Höhe von 90 % der in Betracht kommenden Ausgaben erhalten. Von den in Betracht kommenden Ausgaben werden die gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen abgezogen.

Die entsprechenden Anträge können ab dem 1. August 2021 bis zum 31. Dezember 2022 gestellt werden.

Das Einverständnis der Regierung zur Bezuschussung eines Ausrüstungsgegenstands kann nach bereits getätigter Bestellung oder nach dem Ankauf erfolgen.

Art. 103 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen können im Sozialbereich tätige Antragsteller, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, für beschädigte oder zerstörte Ausrüstungsgegenstände eine Bezuschussung in Höhe von 90 % der in Betracht kommenden Ausgaben erhalten. Von den in Betracht kommenden Ausgaben werden die gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen abgezogen.

Die entsprechenden Anträge können ab dem 1. August 2021 bis zum 31. Dezember 2022 gestellt werden.

Das Einverständnis der Regierung zur Bezuschussung eines Ausrüstungsgegenstands kann nach bereits getätigter Bestellung oder nach dem Ankauf erfolgen.

Abschnitt 3 — Maßnahmen im Bereich Beschäftigung

Art. 104 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung den von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 besonders betroffenen Gemeinden Burg-Reuland, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und St. Vith im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zweckgebundene Zuschüsse zu den Personalkosten für die Beschäftigung von beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragenen nicht beschäftigten Arbeitsuchenden, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben, gewähren. Es können nur nicht beschäftigte Arbeitsuchende bezuschusst werden, deren Einsatz unmittelbar mit der Bewältigung der Folgen der erwähnten Hochwasserkatastrophe in Zusammenhang steht.

Antragsberechtigt sind Gemeinden, öffentliche Sozialhilfezentren, autonome Gemeinderegionen, Polizeizonen und Hilfeleistungszonen des deutschen Sprachgebiets.

Der Zuschuss beträgt höchstens 90 % der belegbaren Ausgaben. Als belegbare Ausgaben gelten das monatliche Bruttogehalt, das Urlaubsgeld, die Jahresendprämie sowie die entsprechenden Arbeitgeberbeiträge an das Landesamt für die soziale Sicherheit.

Der Förderzeitraum beginnt am 30. Juli 2021 und endet am 31. Dezember 2021. Die Regierung kann diesen Zeitraum einmalig um höchstens sechs Monate verlängern.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.

Abschnitt 4 — Maßnahmen im Bereich Kinderbetreuung

Art. 105 - § 1 - In Abweichung von Artikel 8 § 3 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und Artikel 48 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung gilt die gemäß Artikel 48 desselben Erlasses erwähnte Genehmigung der Änderungen zu der in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummer 7 desselben Erlasses erwähnten Angabe, die nachweislich aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 vorgenommen wurden, für eine Dauer von sechs Monaten.

Zu diesem Zweck reichen die Dienste der Kinderbetreuung einen entsprechenden Antrag bei der Regierung ein.

§ 2 - Die gemäß § 1 Absatz 1 erteilte Genehmigung kann jeweils für eine Dauer von höchstens sechs Monaten verlängert werden.

§ 3 - Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.

Art. 106 - In Abweichung von Artikel 9 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und ungeachtet des Artikels 89 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung finden die in Artikel 64 desselben Erlasses erwähnten Mindestvorgaben zu den Arbeitstagen pro Kalenderjahr für die anerkannten Kinderkrippen, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 die zur Kinderbetreuung anerkannten Räumlichkeiten nachweislich nicht zu diesem Zweck nutzen konnten, bis zum 31. Dezember 2022 keine Anwendung.

Art. 107 - In Abweichung von Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 9 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung sowie Artikel 23 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung gelten die anerkannten Dienste der Kinderbetreuung, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, ungeachtet der Beschaffenheit der Räumlichkeiten, weiterhin als anerkannt, insofern die Regierung die Übergangsräumlichkeiten genehmigt und die Dienste der Kinderbetreuung eine ständige und verstärkte Aufsicht gewährleisten.

Absatz 1 gilt bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Dienste der Kinderbetreuung wieder in ihren ursprünglichen Räumlichkeiten betreuen können, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2022.

Art. 108 - In Abweichung von Artikel 12 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und ungeachtet der in Artikel 91 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung aufgeführten Vorgaben zur Mindestauslastung und zur festgelegten Anzahl der Öffnungstage werden die anerkannten Kinderkrippen, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 die zur Kinderbetreuung anerkannten Räumlichkeiten nachweislich nicht zu diesem Zweck nutzen konnten, weiterhin bis zum 31. Dezember 2022 bezuschusst.

Art. 109 - § 1 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Tagesmütter/-väter, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 nachweislich Einkommensausfälle erlitten haben und keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von höchstens 19 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 nachweislich Einkommensausfälle erlitten haben und keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von höchstens 19 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Co-Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Mit dem Antrag auf Erhalt der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Einkommensausfallentschädigung stellen die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter den Erziehungsberechtigten die vertraglich vereinbarte Kostenbeteiligung für die entsprechende Periode nicht in Rechnung. Wurde die Kostenbeteiligung dennoch durch die Erziehungsberechtigten gezahlt, erstattet die/der selbstständige (Co-)Tagesmutter/-vater den Erziehungsberechtigten den gezahlten Betrag zurück.

§ 2 - Der Antrag für die in § 1 festgelegte Einkommensausfallentschädigung wird spätestens bis zum 31. Dezember 2021 bei der Regierung eingereicht.

§ 3 - Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.

Art. 110 - In Abweichung von Artikel 7 Absatz 2 und 9 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung sowie von Artikel 17 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter gelten die anerkannten selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, ungeachtet der Beschaffenheit der Räumlichkeiten, weiterhin als anerkannt, insofern die Regierung die Übergangsräumlichkeiten genehmigt und die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter eine ständige und verstärkte Aufsicht gewährleisten.

Absatz 1 gilt bis zu dem Zeitpunkt, an dem die (Co-)Tagesmütter/-väter die Übergangsräumlichkeiten verlassen, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2022.

Art. 111 - In Abweichung von Artikel 12 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und Artikel 29 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter können anerkannte selbstständige (Co-)Tagesmütter/-väter, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, für beschädigte und zerstörte Ausrüstungsgegenstände einen zusätzlichen Erstausrüstungszuschuss von höchstens 220,82 Euro sowie einen zusätzlichen Ausrüstungszuschuss von höchstens 696,20 Euro erhalten. Von den in Betracht kommenden Ausgaben werden die gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen abgezogen.

Die entsprechenden Anträge können ab dem 1. August 2021 bis zum 31. Dezember 2022 gestellt werden.

Art. 112 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter wird für die anerkannten selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter, die nachweislich von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren und eine Änderung ihrer Anerkennung beantragt haben, diese Änderung bei der Berechnung der in den Artikeln 29.2 und 50.1 desselben Erlasses aufgeführten Zuschüsse für annehmbare Funktionskosten nicht berücksichtigt.

Abschnitt 5 — Maßnahmen im Bereich Wohnungswesen

Art. 113 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung die von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 besonders betroffenen Personen, die folgende Bedingungen erfüllen, durch eine Umzugs- und eine Mietbeihilfe unterstützen:

1. Sie haben eine durch die erwähnte Hochwasserkatastrophe im Sinne von Artikel 1 Nummer 15 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen unbewohnbar gewordene Wohnung verlassen, die sich im deutschen Sprachgebiet befindet.

2. Sie mieten seitdem eine im Sinne von Artikel 1 Nummer 12 desselben Gesetzbuches offensichtlich gesunde Wohnung an, die sich im deutschen Sprachgebiet befindet.

3. Es handelt sich um Haushalte der Kategorien 2 und 3 im Sinne von Artikel 1 Nummern 30 und 31 desselben Gesetzbuches.

Die Umzugsbeihilfe wird als einmaliger Betrag gewährt. Die Mietbeihilfe wird für die Dauer eines Jahres ab der Anmietung der in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Wohnung gewährt.

Die Regierung bestimmt:

1. die weiteren Gewährungs- oder Auszahlungsbedingungen zum Erhalt der Umzugs- oder Mietbeihilfe;
2. die Höhe der Umzugs- und der Mietbeihilfe;
3. das Antragsverfahren sowie die Einspruchsmöglichkeiten.

Art. 114 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen gewährt die Regierung der Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes für das Haushaltsjahr 2021 einen Zuschuss in Höhe von maximal 50.000 Euro zur Deckung von Mietausfällen, die durch die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 entstanden sind.

Um den in Absatz 1 erwähnten Zuschuss zu erhalten, über-mittelt die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes der Regierung bis zum 31. Dezember 2021 einen schriftlichen Antrag, dem sie eine Aufstellung der Mietausfälle und die entsprechenden Belege beifügt.

Abschnitt 6 — Besondere Dotationen an die Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren

Art. 115 - Ungeachtet der Bestimmungen des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft erhalten die öffentlichen Sozialhilfezentren der folgenden von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 besonders betroffenen Gemeinden für das Haushaltsjahr 2021 eine zusätzliche Dotation in Höhe von 769.500 Euro zur Finanzierung der an die betroffenen Haushalte ausgezahlten Direkthilfe. Dieser Betrag wird wie folgt unter die öffentlichen Sozialhilfezentren aufgeteilt:

Burg-Reuland 7.000 Euro
 Eupen 650.000 Euro
 Kelmis 11.000 Euro
 Lontzen 22.000 Euro
 Raeren 49.000 Euro
 St. Vith 30.500 Euro

Art. 116 - Ungeachtet der Bestimmungen des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft erhalten die folgenden von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 besonders betroffenen Gemeinden für das Haushaltsjahr 2022 eine zusätzliche Dotation in Höhe von 27.275.000 Euro zur Bewältigung der finanziellen Folgen dieser Katastrophe, abzüglich der gegebenenfalls aufgrund einer abgeschlossenen Versicherung oder durch eine andere Behörde geleisteten Entschädigungen. Dieser Betrag wird wie folgt unter die Gemeinden aufgeteilt:

Burg-Reuland 1.202.500 Euro
 Eupen 25.000.000 Euro
 Kelmis 348.000 Euro
 Lontzen 101.000 Euro
 Raeren 563.500 Euro
 St. Vith 60.000 Euro

Die Regierung bestimmt die Modalitäten im Hinblick auf die Kontrolle der Verwendung der ausgezahlten Beträge.

Art. 117 - In Artikel 11 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfzentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird folgender § 2.2. eingefügt:

“ § 2.2 - Die Gemeinde Eupen erhält außerdem 500.000 Euro, die ausschließlich zur Bewältigung der Folgen der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 dienen.”

KAPITEL 8 — VERSCHIEDENES

Art. 118 - In Artikel 4 § 4 des Dekrets vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird in Satz 1 die Wortfolge “Ein ständiger Vertreter der Regierung nimmt” durch die Wortfolge “Höchstens zwei ständige Vertreter der Regierung nehmen” und in Satz 2 das Wort “den” durch das Wort “die” ersetzt.

Art. 119 - Artikel 65 § 1 des Programmdekrets 2013 vom 25. Februar 2013, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

“6. im Jahr 2022: 2.097,94 Euro pro Vollzeitäquivalentstelle.”

KAPITEL 9 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 120 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2022 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 7, der mit Wirkung vom 1. Juni 2019 in Kraft tritt;

2. Artikel 14 und 17 bis 30, die mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft treten;

3. Artikel 3 Nummer 2, der mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in Kraft tritt;

4. Artikel 5, der mit Wirkung vom 29. Oktober 2021 in Kraft tritt;

5. Artikel 90, der mit Wirkung vom 29. Juni 2021 in Kraft tritt;

6. Artikel 4, 33, 34, 46, 88 und 98 bis 115, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Dekrets in Kraft treten;

7. Artikel 11 und 12, die am 1. April 2022 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgisches Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 15. Dezember 2021

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident

Minister für Gesundheit und Soziales Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2021-2022

Nummerierte Dokumente: 173 (2021-2022) Nr. 1 Dekretvorschlag

173 (2021-2022) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

173 (2021-2022) Nr. 3 Bericht

173 (2021-2022) Nr. 4 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 15. Dezember 2021 - Nr. 37 Diskussion und Abstimmung

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/201841]

15 DECEMBRE 2021. — Décret-programme 2021

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Chapitre 1^{er}. — *Matières personnalisables*

Section 1^{re}. — *Personnes âgées*

Article 1^{er}. Dans le chapitre 2, section 2, sous-section 2, du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs, il est inséré un article 26.1 rédigé comme suit :

« Art. 26.1 - Droit de participation dans les structures d'hébergement

Les prestataires des maisons de repos et de soins pour personnes âgées et de celles pour personnes dépendantes instituent respectivement les organes suivants :

1° un conseil de résidents, composé des résidents de l'offre;

2° un conseil des familles, composé des personnes de référence des résidents de l'offre.

Les organes mentionnés à l'alinéa 1^{er} doivent être institués soit par zone de logement ou secteur soit pour l'ensemble de l'établissement.

Le prestataire est tenu d'informer et d'entendre les deux organes s'il a l'intention de procéder à des changements ou de prendre des décisions dans l'un des domaines suivants :

- 1° concernant le vivre-ensemble et le logement;
- 2° concernant les soins, l'accompagnement et les repas;
- 3° concernant tout changement du règlement d'ordre intérieur et des contrats;
- 4° concernant l'organisation des conditions de séjour, du quotidien et du temps libre.

Le prestataire est en outre tenu d'informer les deux organes de toute mesure de transformation prévue, d'une extension, d'une limitation ou de la cessation de l'offre.

Les organes ont un droit de participation au moins dans les domaines mentionnés aux alinéas 3 et 4 et peuvent faire part au prestataire de leurs suggestions et propositions.

Les deux organes peuvent relayer les réclamations des résidents et personnes de référence et participer à la recherche d'une solution. Ils encouragent activement les résidents ainsi que les personnes de référence à mettre en évidence les dysfonctionnements et améliorations possibles et les soutiennent dans cette démarche.

Ils aident les nouveaux résidents et leurs personnes de référence à trouver leurs repères au sein de la structure d'hébergement. »

Section 2. — Santé

Art. 2. À l'article 10.1.10, § 2, alinéa 1^{er}, du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, inséré par le décret du 26 avril 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1. dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
2. l'alinéa est complété par un 6° rédigé comme suit :
« 6° créer des centres de vaccination et fixer leur fonctionnement. »

Art. 3. À l'article 10.6.1 du même décret, inséré par le décret du 26 avril 2021, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 4, alinéa 1^{er}, 2°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 3° rédigé comme suit :
« 3° les personnes qui ne représentent aucun danger pour la santé publique peuvent être dispensées, en tout ou partie, de l'isolement temporaire ou de la quarantaine et de l'examen. »;
- 3° l'article est complété par un § 4.1 rédigé comme suit :
« § 4.1 - Pour l'application du présent article et afin de permettre au citoyen de détecter une infection au coronavirus (COVID-19), le Gouvernement peut :

1° organiser la mise en place de tests de dépistage d'une infection au coronavirus (COVID-19) et fixer les modalités *ad hoc*;

- 2° créer des centres de test et fixer leur fonctionnement. »

Art. 4. À l'article 10.6.4, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 29 octobre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 2°, les mots « 200 personnes » sont remplacés par les mots « 100 personnes »;
- 2° dans le 3°, les mots « 200 personnes » sont remplacés par les mots « 100 personnes ».

Art. 5. Dans l'article 10.6.11 du même décret, inséré par le décret du 29 octobre 2021, l'alinéa 2 est abrogé.

Section 3. — Famille

Art. 6. Dans l'article 7, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, modifié par les décrets des 2 mars 2015 et 10 décembre 2020, les mots « dans les locaux d'un établissement d'enseignement ou des locaux qui y sont rattachés » sont remplacés par les mots « dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone ».

Art. 7. Dans l'article 15, § 3, alinéa 1^{er}, du même décret, le 1° est complété par un j) rédigé comme suit :
« j) le numéro de registre national; ».

Art. 8. Dans l'article 42, alinéa 2, du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, les mots « celui-ci, après avoir accompli toute démarche utile en vue de l'obtention desdits renseignements, peut statuer en se basant sur les renseignements dont il dispose » sont remplacés par les mots « celui-ci rejette la demande ».

Art. 9. À l'article 50 du même décret, modifié par le décret du 10 décembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le paiement sur un compte dont le numéro n'est pas émis au format SEPA est effectué dans le courant du mois suivant le semestre auquel il se rapporte. »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « auprès d'un établissement de crédit comme défini à l'article 1^{er}, § 3, de la loi du 25 avril 2014 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit et des sociétés de bourse » sont abrogés.

Art. 10. À l'article 57, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 2°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'alinéa est complété par un 3°, rédigé comme suit :

« 3° lesdites prestations ont été liquidées pour une période pour laquelle l'allocataire, en application de l'article 42 et malgré un rappel, reste, pendant plus d'un mois après l'envoi de celui-ci, en défaut de fournir les renseignements complémentaires demandés. »

Art. 11. À l'article 75 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « cinq ans » sont remplacés par les mots « trois ans »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « cinq ans » sont remplacés par les mots « trois ans ».

Art. 12. Dans le chapitre 9, section 2, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 11 décembre 2018, il est inséré un article 117.2 rédigé comme suit :

« Art. 117.2 - Disposition transitoire

L'article 75, dans sa version en vigueur au 1^{er} avril 2022, s'applique à toutes les demandes et actions en justice relatives à la réclamation de prestations familiales qui sont introduites à partir de cette même date. Les demandes et actions en justice introduites avant cette date sont soumises à l'application de l'article 75 dans sa version en vigueur au 31 mars 2022. »

Section 4. — Affaires sociales

Art. 13. Dans le chapitre III du décret du 29 avril 1996 concernant la médiation et l'apurement de dettes, modifié par le décret du 25 février 2013, il est inséré un article 14^{ter} rédigé comme suit :

« Art. 14^{ter} — Par dérogation à l'article 3, § 2, alinéa 2, deuxième tiret, les institutions de médiation de dettes sont, pour les années 2020 et 2021, dispensées de laisser participer la personne chargée de la médiation de dettes à une formation continuée d'au moins six heures reconnue par le Gouvernement. »

Section 5. — Aide à la jeunesse et adoption

Art. 14. Dans l'article 6^{bis}, § 2, du décret du 9 mai 1988 relatif au Fonds pour une aide spécifique aux enfants et aux jeunes, modifié par le décret du 27 avril 2020, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° prise en charge des frais et aides financières qui surviennent dans le cadre des articles 5, alinéa 2, 33, § 1^{er}, 35, alinéa 4, 55, alinéa 4, et 56, alinéa 4, du décret du 27 avril 2020 relatif à l'adoption d'enfants; ».

Art. 15. À l'article 33.1 du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la Jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, inséré par le décret du 23 avril 2018, les mots « du présent décret » sont remplacés par les mots « d'une mesure d'aide à la jeunesse ».

Art. 16. Dans l'article 33.2 du même décret, inséré par le décret du 23 avril 2018, les mots « du présent décret » sont remplacés par les mots « d'une mesure d'aide à la jeunesse ».

Art. 17. Dans l'article 3, 3°, du décret du 27 avril 2020 relatif à l'adoption d'enfants, les mots « ou privé » sont remplacés par les mots « ou une association sans but lucratif ».

Art. 18. Dans l'article 12, § 3, du même décret, les mots « ou, selon le cas, une demande partielle » sont abrogés.

Art. 19. Dans l'article 24 du même décret, le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées aux §§ 2 et 3. »

Art. 20. Dans l'article 25 du même décret, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées au § 1^{er}. »

Art. 21. Dans l'article 26 du même décret, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2. »

Art. 22. À l'article 31 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1. l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Aux conditions fixées par le Gouvernement, l'ACCA peut confier à des tiers tout ou partie de la préparation à l'adoption. »;

2° [concerne le texte allemand.]

Art. 23. Dans l'article 33, § 1^{er}, du même décret, les mots « le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants ainsi que les modalités de son versement » sont remplacés par les mots « ainsi que les modalités de financement de cette préparation à l'adoption, y compris une éventuelle aide financière des candidats adoptants ».

Art. 24. À l'article 35 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« L'ACCA peut confier à des personnes rémunérées par honoraires tout ou partie de l'enquête sociale mentionnée à l'alinéa 1^{er}. »;

2° dans l'alinéa 4, les mots « et de financement » sont insérés entre les mots « modalités d'exécution » et les mots « de l'enquête sociale » et les mots « le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants ainsi que les modalités de son versement » sont remplacés par les mots « y compris une éventuelle aide financière des candidats adoptants ainsi que le modèle du document mentionné à l'article 5, alinéa 2, de l'accord de coopération du 12 décembre 2005 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune relatif à la mise en œuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption ».

Art. 25. Dans l'article 36, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'ACCA peut confier à des personnes rémunérées par honoraires tout ou partie de l'enquête sociale mentionnée à l'alinéa 1^{er}. ».

Art. 26. Dans l'article 37 du même décret, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'ACCA peut confier à des personnes rémunérées par honoraires tout ou partie de l'enquête sociale mentionnée à l'alinéa 1^{er}. »;

Art. 27. À l'article 38 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'ACCA peut confier à des personnes rémunérées par honoraires tout ou partie de l'enquête sociale mentionnée à l'alinéa 1^{er}. »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « et de financement » sont insérés entre les mots « modalités d'exécution » et les mots « de l'enquête sociale ».

Art. 28. À l'article 55 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »;

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Aux conditions fixées par le Gouvernement, l'ACCA peut confier à des personnes et services externes l'encadrement et le soutien mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 1^o. »;

3° dans l'alinéa 4, les mots « le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants pour l'encadrement de l'adoption ainsi que les modalités de son versement » sont remplacés par les mots « les modalités de financement de l'encadrement et du soutien mentionnés à l'alinéa 3, y compris une éventuelle prise en charge des frais par l'ACCA ».

Art. 29. À l'article 56 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie du suivi mentionné à l'alinéa 1^{er}. »

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Si le suivi de l'enfant adopté et des adoptants nécessite un encadrement et un soutien par des personnes et services externes, l'ACCA peut les leur confier aux conditions fixées par le Gouvernement. »;

3° dans l'alinéa 4, les mots « le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants pour le suivi ainsi que les modalités de son versement » sont remplacés par les mots « les modalités de financement du suivi mentionné à l'alinéa 1^{er} ainsi que l'encadrement et le soutien externes mentionnés à l'alinéa 3, y compris une éventuelle prise en charge des frais par l'ACCA ».

Art. 30. À l'article 59, § 3, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 2°, les mots « aux articles 31, alinéa 2, 55, alinéa 3, et 56, alinéa 3 » sont remplacés par les mots « à l'article 31, alinéa 2 »;

2° dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'alinéa est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° les personnes et services mentionnés aux articles 55, alinéa 3, et 56, alinéa 3. »

Chapitre 2. — *Matières culturelles*

Section 1^{re}. — Culture

Art. 31. Dans l'article 16 du décret du 7 mai 2007 relatif à la promotion des musées et des publications dans le domaine du patrimoine culturel, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré entre les alinéas 3 et 4, qui devient l'alinéa 5, un alinéa rédigé comme suit :

« Le demandeur dispose de vingt-quatre mois à compter de l'octroi de la promesse de subsides pour publier son œuvre. Sur demande introduite par écrit, le Gouvernement peut prolonger ce délai une seule fois de douze mois au maximum. En cas de non-respect du délai pour la publication, le Gouvernement exige le remboursement du subside. »

Art. 32. Dans l'article 43.3, § 2, du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, inséré par le décret du 20 février 2017 et modifié par le décret du 12 décembre 2019, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Le demandeur dispose de vingt-quatre mois à compter de l'octroi de la promesse de subsides pour publier son œuvre. Sur demande introduite par écrit, le Gouvernement peut prolonger ce délai une seule fois de douze mois au maximum. En cas de non-respect du délai pour la publication, le Gouvernement exige le remboursement du subside. »

Art. 33. Dans l'article 93.4 du même décret, inséré par le décret du 10 décembre 2020, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Par dérogation à l'article 46, une société d'art amateur active dans la discipline artistique "musique" reçoit, pour les années calendrier 2022 et 2023, un soutien sur la base des derniers résultats de classement en date. »

Art. 34. Dans le chapitre 7.1 du même décret, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par le décret du 26 avril 2021, il est inséré un article 93.9 rédigé comme suit :

« Art. 93.9 - Classement et soutien comme société d'art amateur dans la discipline artistique "musique"

Par dérogation à l'article 47, le Gouvernement publie le prochain appel aux candidats pour :

1° le classement des sociétés de musique pour l'année calendrier 2023;

2° le classement des ensembles instrumentaux, des ensembles de musique de chambre, des chorales, des ensembles vocaux ainsi que des chœurs d'enfants et de jeunes pour l'année calendrier 2024.

Sans préjudice de l'article 46, le classement des sociétés d'art amateur dans la discipline artistique "musique" déjà soutenues au 1^{er} janvier 2022 est prolongé de deux ans. »

Section 2. — Sport

Art. 35. Dans le décret du 20 janvier 1992 portant octroi de subsides pour l'acquisition de matériel sportif, modifié par les décrets des 23 octobre 2000 et 7 janvier 2002, les mots « Exécutif », « l'Exécutif » et « L'Exécutif » sont respectivement remplacés par les mots « Gouvernement », « le Gouvernement » et « Le Gouvernement ».

Art. 36. Dans l'article 2 du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Peuvent introduire une demande :

1° les clubs sportifs qui bénéficient du soutien de base accordé par l'une des communes de la région de langue allemande conformément à l'article 12 du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone ou ont obtenu un subside du Gouvernement de la Communauté germanophone;

2° les fédérations sportives et conseils sportifs locaux au sens de l'article 3, 6° et 7°, du décret sur le sport du 19 avril 2004;

3° les communes et régies communales autonomes de la région de langue allemande;

4° les associations de parents d'élèves actives en région de langue allemande. »

Art. 37. Dans l'article 4, alinéa 1^{er}, du même décret, la deuxième phrase est abrogée.

Art. 38. Dans le même décret, il est inséré un article 7.1 rédigé comme suit :

« Art. 7.1 - Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés en application du présent décret s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes. »

Art. 39. À l'article 16 du décret sur le sport du 19 avril 2004, remplacé par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Une fédération sportive reçoit en outre :

- 175 euros par club lorsqu'elle en regroupe 3 à 10;

- 200 euros par club lorsqu'elle en regroupe 11 à 20;

- 225 euros par club lorsqu'elle en regroupe au moins 21. »;

2° dans le § 2, alinéa 2, 3°, les mots « 21 ans » sont remplacés par les mots « 25 ans »;

Art. 40. Dans l'article 23, alinéa 3, 4°, du même décret, remplacé par le décret du 24 février 2014 et modifié par le décret du 22 juin 2020, les mots « entraîneur D, moniteur sans qualification » sont remplacés par les mots « entraîneur D - assistant-entraîneur, titulaire d'un titre reconnu de moniteur bénévole de la Communauté germanophone ».

Art. 41. Dans l'article 27, § 2, 4°, du même décret, remplacé par le décret du 11 décembre 2018, les mots « entraîneur D » sont remplacés par les mots « entraîneur D - assistant-entraîneur ».

Art. 42. L'article 54 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, dans une discipline, plus d'une fédération sportive a été reconnue, le subside supplémentaire pour les fédérations sportives pour l'année 2022 est, par dérogation à l'article 16, § 1^{er}, alinéa 2, calculé comme suit :

- 500 euros lorsqu'elle regroupe jusqu'à 5 clubs;

- 1 000 euros lorsqu'elle regroupe 6 à 14 clubs;

- 2 000 euros lorsqu'elle regroupe au moins 15 clubs. »

Art. 43. À l'article 2 du décret du 30 janvier 2006 tendant à prévenir les dommages sanitaires lors de la pratique sportive, modifié par le décret du 19 décembre 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 6° est remplacé par ce qui suit :

« 6° association faitière : l'Association faitière pour le sport en Communauté germanophone reconnue conformément au décret sur le sport du 19 avril 2004; »

2° le 7° est abrogé.

Art. 44. Dans l'article 24, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « de la Commission sportive » sont remplacés par les mots « de l'association faitière ».

Art. 45. Dans l'article 29 du même décret, les mots « de la Commission sportive » sont remplacés par les mots « de l'association faitière ».

Art. 46. Dans l'article 14, alinéa 3, du décret du 20 novembre 2006 relatif au statut des tireurs sportifs, inséré par le décret du 10 décembre 2020, les mots « d'un an » sont remplacés par les mots « de deux ans » et les mots « en 2020 » sont remplacés par les mots « en 2020 et 2021 ».

Section 3. — Médias

Art. 47. À l'article 7 du décret du 25 mars 2013 portant reconnaissance et subventionnement d'une instance d'autorégulation de la déontologie journalistique, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques » sont remplacés par les mots « décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « relatives à l'audiovisuel » sont remplacés par les mots « relatives aux services de médias au sens de l'article 4, 35°, du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques »;

3° dans la phrase introductive du § 2, alinéa 3, le mot « radiodiffusion » est remplacé par les mots « services de médias » et les mots « fournisseurs de services audiovisuels », par les mots « fournisseurs de services de médias »;

4° dans le § 2, alinéa 3, 5°, les mots « fournisseur de services de médias audiovisuels » sont remplacés par les mots « fournisseur de services de médias »;

3° dans le § 3, alinéa 1^{er}, le mot « radiodiffusion » est remplacé par les mots « services de médias » et les mots « fournisseur de services de médias audiovisuels », par les mots « fournisseur de services de médias »;

Art. 48. À l'article 4 du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'article est complété par un 26.1^o rédigé comme suit :

« 26.1^o attribution du spectre radioélectrique : la désignation d'une radiofréquence donnée ou d'une bande du spectre radioélectrique donnée, aux fins de son utilisation par un ou plusieurs services de médias audiovisuels et/ou sonores, le cas échéant, selon des conditions définies; »

2^o l'article est complété par un 38.1^o rédigé comme suit :

« 38.1^o réseau à très haute capacité : soit un réseau de communications électroniques qui est entièrement composé d'éléments de fibre optique au moins jusqu'au point de distribution au lieu de desserte, soit un réseau de communications électroniques qui est capable d'offrir, dans des conditions d'heures de pointe habituelles, une performance du réseau comparable en termes de débit descendant et ascendant, de résilience, de paramètres liés aux erreurs, de latence et de gigue; la performance du réseau peut être jugée comparable indépendamment des variations de l'expérience de l'utilisateur final qui sont dues aux caractéristiques intrinsèquement différentes du support par lequel se fait la connexion ultime du réseau au point de terminaison du réseau; ».

Art. 49. Dans l'article 8 du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Tout fournisseur privé de services de médias doit s'enregistrer auprès du Conseil des médias pour tout service de médias qu'il a l'intention de proposer. Les fournisseurs qui souhaitent proposer des services de médias par l'intermédiaire d'un réseau de communications électroniques propre utilisant une radiofréquence conformément à l'article 58, sont exclus de l'obligation d'enregistrement pour ces services. Le Conseil des médias confirme la réception de l'enregistrement. Le fournisseur peut commencer l'activité au plus tôt le jour suivant la réception de cette confirmation. »

Art. 50. À l'article 44, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les mots « intéressées » sont insérés entre les mots « aux parties » et les mots « , y compris les utilisateurs », et les mots « quatre semaines » sont remplacés par les mots « trente jours »;

2^o l'alinéa est complété par les phrases suivantes :

« Les procédures d'audition ainsi que leurs résultats sont publiés par le Conseil des médias sur le point d'information institué conformément à l'article 116, § 1^{er}. Ce faisant, il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties, conformément à l'article 124. »

Art. 51. À l'article 50, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, la première phrase est remplacée par la phrase suivante :

« Le Gouvernement procède à l'attribution du spectre radioélectrique. Il établit le plan des radiofréquences pouvant être attribuées aux différents services de médias audiovisuels et sonores linéaires, et ce, en tenant compte des normes techniques fédérales en la matière et du plan fédéral de répartition des radiofréquences entre les bandes civile et militaire, ainsi que de l'accord de coopération avec les autres Communautés et/ou l'État fédéral. »;

2^o le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le Gouvernement a l'intention d'établir ou de modifier le plan des radiofréquences, il accorde préalablement un délai suffisant aux parties intéressées pour qu'elles puissent exprimer leur point de vue sur les modifications proposées. Compte tenu de la complexité de la question et indépendamment de circonstances exceptionnelles, ce délai est de minimum trente jours. Les procédures d'audition ainsi que leurs résultats sont publiés par le Gouvernement sur le point d'information institué conformément à l'article 116, § 1^{er}. Ce faisant, il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties. »

Art. 52. À l'article 52 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'intitulé est complété par les mots « et aux appels d'offres »;

2^o l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Toute attribution de radiofréquences, à l'exception des attributions de radiofréquences conformément à l'article 57, nécessite la diffusion au préalable d'un appel d'offres par le Conseil des médias. Cet appel d'offres est publié au *Moniteur belge* et sur le point d'information institué conformément à l'article 116, § 1^{er}. Dans ces appels d'offres, le Conseil des médias publie la liste de toutes les radiofréquences disponibles ou disponibles à l'avenir en Communauté germanophone, ainsi que, le cas échéant, leur répartition par catégorie d'émetteur, le moment où elles sont disponibles pour une attribution et le temps d'émission disponible pour tout mode de transmission en fixant un délai raisonnable pour introduire les demandes. »

Art. 53. Dans la phrase introductive de l'article 55, § 1^{er}, du même décret, les mots « des services de médias sonores fournis pour des réseaux d'émetteurs, des radios régionales ou des fournisseurs de services de médias audiovisuels » sont remplacés par les mots « des réseaux d'émetteurs, des radios régionales ou des services de médias audiovisuels. »

Art. 54. À l'article 58 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les alinéas 1^{er} à 6 forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 6;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « l'article 46 » sont remplacés par les mots « les articles 8 et 46 »;

3^o dans la phrase introductive du § 1^{er}, alinéa 3, les mots « l'article 55 » sont remplacés par les mots « l'article 52, alinéa 2 »;

4^o dans le § 1^{er}, alinéa 3, 4^o, f), les mots « et les radios locales » sont remplacés par les mots « , les radios locales et les services de médias audiovisuels linéaires qui s'adressent au public en région de langue allemande »;

5^o [concerne le texte allemand];

6^o l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Si un fournisseur, à l'exception des fournisseurs de radios scolaires ou événementielles, qui dispose déjà d'un droit d'utilisation attribué par le Conseil des médias pour une ou plusieurs radiofréquences, demande l'attribution d'une ou de plusieurs radiofréquences supplémentaires, il est soumis à une procédure simplifiée. Dans un tel cas, seules les données conformément au § 1^{er}, alinéa 3, 1^o, 3^o, 7^o à 16^o, doivent être communiquées au Conseil des médias. Celui-ci détermine le format du formulaire de demande. En outre, le § 1^{er}, alinéas 1^{er}, 2, 4 à 6 ainsi que l'article 65 continuent de s'appliquer. »

Art. 55. À l'article 59 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, le mot « fréquences » est remplacé par le mot « radiofréquences »;

2° l'alinéa unique devient le § 1^{er};

3° dans le § 1^{er}, la phrase introductive est remplacée par la suivante :

« Si le Conseil des médias constate que les droits d'utilisation de radiofréquences doivent être limités en nombre ou, selon le cas, que la demande pour l'attribution d'une radiofréquence lors d'un appel d'offres est plus importante que l'offre disponible, il évalue les demandes conformément à l'article 58 en tenant compte des critères suivants : »;

4° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Si, dans le cadre d'un appel d'offres relatif à des radiofréquences, plusieurs demandeurs déclarent leur intérêt pour l'attribution d'une même fréquence, le Conseil des médias accorde aux parties intéressées un délai raisonnable, qui correspond à la complexité du dossier et - sauf circonstances exceptionnelles - d'au moins trente jours pour prendre position. Les procédures d'audition ainsi que leurs résultats sont publiés par le Conseil des médias sur le point d'information institué conformément à l'article 116, § 1^{er}. Ce faisant, il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties, conformément à l'article 124. »

Art. 56. L'article 66 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Avant toute décision, le Conseil des médias donne aux parties intéressées, y compris aux utilisateurs et aux consommateurs, la possibilité de prendre position dans un délai de trente jours au moins. Dans des circonstances exceptionnelles, le délai peut être réduit. Les procédures d'audition ainsi que leurs résultats sont publiés par le Conseil des médias sur le point d'information institué conformément à l'article 116, § 1^{er}. Ce faisant, il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties, conformément à l'article 124. »

Art. 57. Dans l'article 67, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Avant de retirer le droit d'utilisation de radiofréquences sans l'accord du titulaire de ce droit, le Conseil des médias accorde aux parties intéressées un délai raisonnable, qui correspond à la complexité du dossier et - sauf circonstances exceptionnelles - de trente jours au moins pour prendre position. Les procédures d'audition ainsi que leurs résultats sont publiés par le Conseil des médias sur le point d'information institué conformément à l'article 116, § 1^{er}. Ce faisant, il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties, conformément à l'article 124. »

Art. 58. À l'article 71, § 3, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la première phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le Conseil des médias est habilité à imposer aux opérateurs d'un réseau de communications électroniques et/ou au propriétaire d'un câblage et/ou de ressources associées - s'il ne s'agit pas d'un fournisseur de réseaux de communications électroniques - de partager le câblage et/ou les ressources associées à l'intérieur des bâtiments ou jusqu'au premier point de concentration ou de distribution s'il est situé à l'extérieur du bâtiment, lorsque cela est justifié par le fait que le doublement de cette infrastructure serait économiquement inefficace ou physiquement irréalisable. »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Avant que le Conseil des médias n'impose des obligations en vertu du présent paragraphe, il accorde aux parties intéressées un délai raisonnable, qui correspond à la complexité du dossier et - sauf dans des circonstances exceptionnelles - de trente jours au moins pour prendre position. Les procédures d'audition ainsi que leurs résultats sont publiés par le Conseil des médias sur le point d'information institué conformément à l'article 116, § 1^{er}. Ce faisant, il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties, conformément à l'article 124. »

Art. 59. À l'article 84 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Le Conseil des médias a notamment le pouvoir d'imposer ou de refuser des modifications à l'offre de référence afin de donner effet aux obligations imposées au titre de ce décret. Le Conseil des médias détermine les modalités de la prise d'effet de l'offre de référence et de ses modifications. »;

2° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Si l'auteur d'une offre de référence souhaite modifier celle-ci, il communique au Conseil des médias la modification voulue au moins nonante jours avant la date de prise d'effet envisagée. Dans ce même délai, le Conseil des médias communique à l'auteur de la modification envisagée qu'il a l'intention de statuer sur celle-ci. Cette notification suspend la prise d'effet de la modification souhaitée. »

Art. 60. Dans l'article 89, § 3, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « il incombe à l'opérateur » sont remplacés par les mots « il lui incombe ».

Art. 61. [Concerne le texte allemand.]

Art. 62. Dans l'article 97, § 2, alinéa 1^{er}, du même décret, les troisième et quatrième phrases sont remplacées par ce qui suit :

« Avant de prendre sa décision, le Conseil des médias invite les opérateurs de services de communications électroniques concernés et les utilisateurs, via son site internet, à prendre position dans un délai de trente jours au moins sur son projet de décision. Si aucune prise de position n'est communiquée dans le délai imparti, le Conseil des médias peut prendre sa décision. Lors de l'application de cet article, le Conseil des médias préserve les secrets de fabrique et les secrets commerciaux des parties conformément à l'article 124. »

Art. 63. À l'article 101 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1. dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le Conseil des médias se compose d'au moins trois membres et de quatre au plus. Le Gouvernement désigne les membres du Conseil des médias et, parmi eux, un président ainsi qu'un vice-président. Le vice-président représente le président en cas d'empêchement. »

2° [concerne le texte allemand.];

3° dans le § 2, l'alinéa 3 est complété, en son début, par la phrase suivante :

« Le Conseil des médias dispose d'un personnel spécialisé. »;

4° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « lui assigné » sont abrogés;

5° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Le Gouvernement veille à ce que le Conseil des médias dispose des ressources techniques, financières et humaines suffisantes afin qu'il puisse accomplir les missions qui lui sont assignées. »;

6° dans le § 5, alinéa 1^{er}, la troisième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le personnel du Conseil des médias, les conseillers et les experts peuvent participer aux séances du Conseil des médias avec le droit de s'exprimer à propos des thèmes discutés. »

Art. 64. Dans l'article 105 du même décret, l'alinéa 1^{er} est abrogé.

Art. 65. À l'article 106 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Il prend cours lors de la prestation de serment du membre concerné. »;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Au terme de leur mandat, les membres du Conseil des médias poursuivent les affaires jusqu'à ce que leurs successeurs prêtent serment. »

Art. 66. [Concerne le texte allemand.]

Art. 67. À l'article 112, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 16° est remplacé par ce qui suit :

« 16° publier des appels d'offres et des informations quant à la disponibilité de radiofréquences, conformément à l'article 52; »

2° dans le 30°, les mots « à l'article 116 » sont remplacés par les mots « aux articles 44, alinéa 1^{er}, 59, § 2, 66, 67, § 1^{er}, 71, § 2 et 3, 72, § 2, 73, § 3, 4 et 10, 77, 78, 93, § 2, 97, § 2, 116 et 117 ».

Art. 68. [Concerne le texte allemand.]

Art. 69. À l'article 116 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le mot « unique » est abrogé;

2° [concerne le texte allemand];

3° [concerne le texte allemand.]

Art. 70. À l'article 117 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 4 est abrogé;

2° dans l'alinéa 5, qui devient l'alinéa 4, les mots « l'article 32 » sont remplacés par les mots « l'article 33 »;

3° dans l'alinéa 6, qui devient l'alinéa 5, les mots « l'article 32 » sont remplacés par les mots « l'article 33 ».

Art. 71. L'article 124 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 124 — Gestion de secrets de fabrique et secrets commerciaux

Les membres, conseillers, experts et membres du personnel du Conseil des médias doivent traiter confidentiellement les secrets de fabrique et les secrets commerciaux dont ils ont pris connaissance dans le cadre de leur activité pour le Conseil des Médias. Ceci s'applique également après la fin de leur activité. »

Art. 72. À l'article 125, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est abrogé;

2° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° d'autres revenus, notamment des dons et legs; »

Art. 73. Dans l'article 127, § 5, alinéa 2, du même décret, les mots « à partir de leur désignation » sont insérés entre les mots « dure quatre ans » et les mots « et est renouvelable ».

Art. 74. À l'article 128 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} et 2 forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 2° est complété par les mots « , notamment si le membre concerné a violé l'article 130, § 5 »;

3° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Tout membre suppléant de la commission consultative se retire si l'organe proposé visé à l'article 127, § 2, alinéas 1^{er} et 2, lui retire son mandat, notamment si le membre concerné a violé l'article 130, § 5. »

Art. 75. Dans l'article 129, alinéa 1^{er}, 1°, du même décret, les mots « l'article 116 » sont remplacés par les mots « l'article 116, § 1^{er} ».

Art. 76. L'article 130 du même décret est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Les membres effectifs et suppléants, les conseillers, les représentants effectifs et suppléants des listes élues au Parlement de la Communauté germanophone ainsi que les experts de la commission consultative et le membre du personnel du ministère de la Communauté germanophone qui assure la rédaction des procès-verbaux des séances et le secrétariat de la commission consultative traitent confidentiellement les secrets de fabrique et les secrets commerciaux dont ils ont eu connaissance dans le cadre de leur activité pour la commission consultative. Ceci s'applique également après la fin de leur activité. »

Art. 77. À l'article 134 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de films, de films d'animation et de documentaires, quelles qu'en soient la nature et la longueur » sont remplacés par les mots « de films, de téléfilms, de vidéofilms (*direct-to-video*) et d'autres productions de médias audiovisuels de toute nature, y compris les frais pour la préproduction et la post-production »;

2° dans la phrase introductive de l'alinéa 2, les mots « les films de producteurs ou auteurs professionnels domiciliés en région de langue allemande ou les films qui, en raison du thème traité, se réfèrent à la Communauté germanophone d'un point de vue historique, culturel ou architectural » sont remplacés par les mots « les productions mentionnées à l'alinéa 1^{er} »;

3° à l'alinéa 2, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° la preuve est apportée que la production est de qualité et qu'elle a un lien culturel ou autre avec la Communauté germanophone. Ce lien existe lorsque le contenu de la production est étroitement lié à la Communauté germanophone ou que le producteur est domicilié en région de langue allemande; »

4° dans l'alinéa 2, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° le demandeur a présenté un exposé et une description suffisamment précis en vue du subventionnement. Il doit disposer des qualifications nécessaires ainsi que d'une capacité personnelle et matérielle suffisante pour pouvoir mettre les mesures en œuvre. »;

5° dans l'alinéa 2, le 5° est abrogé. »

Art. 78. Dans l'article 140, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, les mots « conformément à l'article 101, § 3 » sont insérés entre les mots « le président » et les mots « charge un auditeur ».

Art. 79. [Concerné le texte allemand.]

Art. 80. À l'article 156 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Les services de médias qui ne devaient pas être enregistrés jusqu'ici, mais doivent l'être à présent en vertu de l'article 8 du présent décret, doivent l'être au plus tard dans les douze mois qui suivent l'entrée en vigueur du présent décret. »;

2° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 6 :

« Le Conseil des médias assure la succession du Conseil des médias institué en vertu de l'article 86, § 2, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques et notamment de sa chambre décisionnelle. »;

3° dans l'alinéa 5, qui devient l'alinéa 6, les mots « et de la chambre consultative » sont abrogés et l'alinéa est complété par les phrases suivantes :

« Ceci s'applique également à tout membre supplémentaire du Conseil des médias qui est en fonction au 31 décembre 2021. Le mandat des membres effectifs et suppléants de la chambre décisionnelle du Conseil des médias en fonction au moment de l'entrée en vigueur du présent décret se termine au plus tard le 4 décembre 2025. Ceci s'applique également aux autres membres effectifs et suppléants de la commission consultative en fonction au 31 décembre 2021. »

Chapitre 3. — Enseignement

Art. 81. Dans l'article 4.9, § 2.1, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, inséré par le décret du 28 juin 2021, l'alinéa 3 est abrogé.

Chapitre 4. — Matières régionales transférées

Section 1^{re}. — Protection des monuments

Art. 82. Dans le chapitre V du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles, modifié en dernier lieu par le décret du 10 décembre 2020, il est inséré un article 41.1 rédigé comme suit :

« Art. 41.1 - Indemnités

Les membres de la commission ainsi que les personnes qui, en application de l'article 39, alinéa 2, assistent aux réunions, ont droit à des jetons de présence et à des indemnités de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement. »

Section 2. — Funérailles et sépultures

Art. 83. À l'article 2 du décret du 14 février 2011 sur les funérailles et sépultures, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Les cimetières et établissements crématoires » sont remplacés par les mots « Les cimetières, établissements crématoires et columbariums »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « les cimetières et établissements crématoires » sont remplacés par les mots « les cimetières, établissements crématoires et columbariums » et les mots « le cimetière ou l'établissement crématoire » sont remplacés par les mots « le cimetière, l'établissement crématoire ou le columbarium ».

Art. 84. Dans le chapitre 2 du même décret, l'intitulé de la section 1^{re} est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} - Cimetières publics, établissements crématoires et columbariums ».

Art. 85. À l'article 4 du même décret, modifié par le décret du 22 février 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Un columbarium peut être créé. »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Seule une commune ou une intercommunale peut créer et exploiter un cimetière, un établissement crématoire ou un columbarium. La création ou l'extension d'un cimetière, d'un établissement crématoire ou d'un columbarium s'opèrent avec l'accord du Gouvernement. »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « les cimetières ou établissements de crémation » sont remplacés par les mots « les cimetières, établissements crématoires ou columbariums »;

4° dans le § 1^{er}, alinéa 5, la première phrase est complétée par les mots « ainsi que ceux pour la création, l'extension et l'aménagement des cimetières et des columbariums »;

5° dans le § 3, le mot « cimetières » est remplacé par les mots « cimetières et columbariums ».

Art. 86. À l'article 29, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Dans un columbarium, les urnes sont placées dans une concession de sépulture. »;

2° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « ou du columbarium » sont insérés entre les mots « du cimetière » et les mots « réservée à cet effet ».

Section 3. — Tourisme

Art. 87. À l'article 22, § 1^{er}, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les montants « 30.000 euros », « 22.000 euros » et « 6.500 euros » sont respectivement remplacés par les montants « 45 000 euros », « 24 000 euros » et « 7 000 euros »;

2° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Le Gouvernement peut soutenir deux centres d'information touristique de la catégorie 1, l'un ayant son siège dans le canton d'Eupen et l'autre dans le canton de Saint-Vith. »

Art. 88. À l'article 8.3 du décret de crise 2020-2021 du 6 avril 2020, inséré par le décret du 26 avril 2021, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour l'année budgétaire 2021, les communes reçoivent une dotation supplémentaire d'un montant de 1 340 919,99 euros afin d'atténuer les répercussions de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19) sur le tourisme à l'échelle communale. Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Ambève 73 435,26 euros

Bullange 135 566,14 euros

Burg-Reuland 37 520,11 euros

Butgenbach 171 984,69 euros

Eupen 422 438,93 euros

La Calamine 88 362,08 euros

Lontzen 34 990,97 euros

Raeren 80 289,42 euros

Saint-Vith 296 332,39 euros. »

Section 4. — Logement

Art. 89. À l'article 29, § 1^{er}, du Code wallon de l'habitation durable, remplacé par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° des projets de logement novateurs dans le cadre d'une convention conclue pour une période déterminée de maximum trois ans. »;

3° dans l'alinéa 2, les mots « , 1° à 3°, » sont insérés entre les mots « à l'alinéa 1^{er} » et les mots « a été accordée »;

4° dans l'alinéa 3, les mots « ainsi que les projets de logement novateurs approuvés par le Gouvernement dans le cadre d'une convention » sont insérés entre les mots « de promotion du logement » et les mots « , la gestion des logements ».

Art. 90. Dans l'article 148 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le conseil d'administration peut, à partir du 29 juin 2021 et jusqu'à la première nouvelle désignation des représentants des conseils communaux et des conseils de l'action sociale conformément à l'article 151, désigner deux vice-présidents. »

Art. 91. Dans l'article 171bis, § 2, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 23 novembre 2006 et 30 avril 2009 et le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° le deuxième tiret est remplacé par ce qui suit :

« - d'un représentant des organisations auxquelles le Gouvernement a confié en priorité des missions dans le domaine de la protection des consommateurs ou de son suppléant; »

2° le quatrième tiret est rétabli dans la rédaction suivante :

« - d'un représentant de l'Ordre des avocats ou de son suppléant; ».

Chapitre 5. — Infrastructure

Art. 92. Dans l'article 24, § 2, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, l'alinéa 3 est complété par les mots « ou lorsque le délai mentionné à l'alinéa 1^{er} expire ».

Art. 93. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 11 décembre 2018, il est inséré un article 35bis rédigé comme suit :

« Art. 35bis — Implantation du Centre de promotion du sport

Par dérogation à l'article 16, alinéa 1^{er}, le subside représente 75 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o à 5^o et 7^o à 9^o, en ce qui concerne les infrastructures sportives utilisées par l'Association faitière pour le sport en Communauté germanophone en tant qu'implantation du Centre de promotion du sport, infrastructures créées par une commune, une régie communale ou une intercommunale. »

Art. 94. L'intitulé du chapitre II, section 5, du même décret, inséré par le décret du 22 février 2016, est complété par les mots « et maisons de soins psychiatriques ».

Art. 95. Dans l'article 44.1 du même décret, inséré par le décret du 22 février 2016, la phrase est complétée par les mots « ou des maisons de soins psychiatriques ».

Chapitre 6. — Finances et budget

Art. 96. Le décret du 21 octobre 1991 déclarant applicable à la Communauté germanophone l'article 4 de la loi domaniale du 22 décembre 1949 est abrogé.

Art. 97. Dans l'article 1^{er}, alinéa 2, du décret du 14 décembre 1992 portant création d'un Fonds pour l'apurement de dettes en Communauté germanophone, les mots « l'article 45 de la loi sur la comptabilité de l'État, coordonnée par l'arrêté royal du 17 juillet 1991 » sont remplacés par les mots « l'article 56 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone ».

Chapitre 7. — Mesures spéciales pour gérer les conséquences des inondations catastrophiques de juillet 2021

Section 1^{re}. — Subsidés d'infrastructure et d'équipement

Art. 98. Par dérogation à l'article 16, alinéa 1^{er}, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, le subside représente 90 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o à 5^o et 7^o à 10^o, du même décret destinés à rénover ou à remplacer les infrastructures qui ont manifestement été endommagées ou détruites par les inondations catastrophiques de juillet 2021. Les indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité sont déduites des dépenses éligibles.

Par dérogation à l'article 21, § 2, alinéa 5, du même décret, les demandes correspondantes peuvent être introduites entre le 1^{er} août 2021 et le 31 décembre 2022.

Art. 99. Par dérogation à l'article 16, alinéa 2, du même décret, le subside représente 90 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6^o, du même décret destinés à rénover ou à remplacer les infrastructures qui ont manifestement été endommagées ou détruites par les inondations catastrophiques de juillet 2021. Les indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité sont déduites des dépenses éligibles.

Les demandes correspondantes peuvent être introduites entre le 1^{er} août 2021 et le 31 décembre 2022.

Par dérogation à l'article 24, § 2, alinéa 3, du même décret, le Gouvernement peut donner son accord relatif au subventionnement d'un équipement après la commande déjà effectuée ou après l'achat.

Section 2. — Subsidés d'équipement

Art. 100. Par dérogation aux articles 5 et 6, alinéa 1^{er}, du décret du 20 janvier 1992 portant octroi de subsides pour l'acquisition de matériel sportif, les demandeurs mentionnés à l'article 2 du même décret qui peuvent prouver qu'ils ont été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021 peuvent obtenir un subventionnement à concurrence de 90 % du montant total des dépenses subsidiables pour des équipements endommagés ou détruits. Les indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité sont déduites des dépenses éligibles.

Les demandes correspondantes peuvent être introduites entre le 1^{er} août 2021 et le 31 décembre 2022.

Le Gouvernement peut donner son accord relatif au subventionnement d'un équipement après la commande déjà effectuée ou après l'achat.

Art. 101. Par dérogation aux articles 55.1, § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, 55.2, § 2, et 55.3 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, les opérateurs de jeunesse soutenus qui peuvent prouver qu'ils ont été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021 peuvent obtenir un subventionnement à concurrence de 90 % du montant total des dépenses subsidiables pour des équipements endommagés ou détruits. Les indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité sont déduites des dépenses éligibles.

Les demandes correspondantes peuvent être introduites entre le 1^{er} août 2021 et le 31 décembre 2022.

Le Gouvernement peut donner son accord relatif au subventionnement d'un équipement après la commande déjà effectuée ou après l'achat.

Art. 102. Par dérogation aux articles 79, § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, 80, § 2, et 81, § 1^{er}, du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, les demandeurs mentionnés à l'article 80, § 1^{er}, du même décret qui peuvent prouver qu'ils ont été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021 peuvent obtenir un subventionnement à concurrence de 90 % du montant total des dépenses subsidiables pour des équipements endommagés ou détruits. Les indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité sont déduites des dépenses éligibles.

Les demandes correspondantes peuvent être introduites entre le 1^{er} août 2021 et le 31 décembre 2022.

Le Gouvernement peut donner son accord relatif au subventionnement d'un équipement après la commande déjà effectuée ou après l'achat.

Art. 103. Nonobstant toute disposition contraire, les demandeurs actifs dans le domaine social qui peuvent prouver qu'ils ont été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021 peuvent obtenir un subventionnement à concurrence de 90 % du montant total des dépenses subsidiables pour des équipements endommagés ou détruits. Les indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité sont déduites des dépenses éligibles.

Les demandes correspondantes peuvent être introduites entre le 1^{er} août 2021 et le 31 décembre 2022.

Le Gouvernement peut donner son accord relatif au subventionnement d'un équipement après la commande déjà effectuée ou après l'achat.

Section 3. — Mesures en matière d'Emploi

Art. 104. Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer aux communes de Burg-Reuland, d'Eupen, de La Calamine, de Lontzen, de Raeren et de Saint-Vith, particulièrement touchées par les inondations catastrophiques de juillet 2021, - dans le cadre de mesures d'aides à l'emploi - des subsides affectés pour les frais de personnel pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés inscrits auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone et qui ont leur domicile en région de langue allemande. Seuls des demandeurs d'emploi inoccupés dont l'occupation est directement liée au fait de remédier aux conséquences des inondations catastrophiques mentionnées peuvent être subsidiés.

Peuvent introduire une demande les communes, les centres publics d'action sociale, les régies communales autonomes, les zones de police et les zones de secours de la région de langue allemande.

Le subside représente au plus 90 % des dépenses justifiables. Sont considérées comme dépenses justifiables, le traitement mensuel brut, le pécule de vacances, la prime de fin d'année ainsi que les cotisations patronales correspondantes versées à l'Office national de Sécurité sociale.

La période de soutien débute le 30 juillet 2021 et expire le 31 décembre 2021. Le Gouvernement peut prolonger une fois cette période pour six mois maximum.

Le Gouvernement peut fixer les autres modalités.

Section 4. — Mesures en matière d'accueil d'enfants

Art. 105. § 1^{er} - Par dérogation à l'article 8, § 3, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et à l'article 48 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, l'approbation aux modifications relatives aux données mentionnées à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 7^o, du même arrêté - au sens de l'article 48 du même arrêté - qui a été donnée manifestement en raison des inondations catastrophiques de juillet 2021 s'applique pour une durée de six mois.

Pour ce faire, les services d'accueil d'enfants introduisent une demande correspondante auprès du Gouvernement.

§ 2 - L'approbation donnée conformément au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, peut être prolongée à chaque fois pour une durée de maximum six mois.

§ 3 - Le Gouvernement peut fixer les autres modalités.

Art. 106. Par dérogation à l'article 9, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et nonobstant l'article 89 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les normes minimales - mentionnées à l'article 64 du même arrêté - relatives aux jours de travail par année calendrier pour les crèches agréées, qui ne peuvent manifestement pas utiliser les locaux destinés à l'accueil d'enfants à cette fin en raison des inondations catastrophiques de juillet 2021, ne s'appliquent pas jusqu'au 31 décembre 2022.

Art. 107. Par dérogation à l'article 7, alinéa 2, et à l'article 9 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants ainsi qu'à l'article 23 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les services d'accueil d'enfants agréés, qui ont manifestement été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021, nonobstant les caractéristiques des locaux, continuent d'être agréés dans la mesure où le Gouvernement approuve les locaux de transition et que les services d'accueil d'enfants garantissent une surveillance accrue permanente.

L'alinéa 1^{er} est d'application jusqu'à ce que les services concernés puissent à nouveau accueillir les enfants dans leurs locaux d'origine, au plus tard toutefois jusqu'au 31 décembre 2022.

Art. 108. Par dérogation à l'article 12, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et nonobstant les instructions relatives au taux d'occupation minimal et au nombre de jours d'ouverture déterminés, énumérées à l'article 91, § 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les crèches agréées qui ne peuvent manifestement pas utiliser les locaux destinés à l'accueil d'enfants à cette fin en raison des inondations catastrophiques de juillet 2021, continuent d'être subsidiées jusqu'au 31 décembre 2022.

Art. 109. § 1^{er} - Nonobstant toute disposition contraire du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté, qui, en raison des inondations catastrophiques de juillet 2021, ont manifestement subi une perte de revenus et n'ont payé aucune cotisation de sécurité sociale, reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à maximum 19 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les accueillants d'enfants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq;
- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

Nonobstant toute disposition contraire du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les co-accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté, qui, en raison des inondations catastrophiques de juillet 2021, ont manifestement subi une perte de revenus et n'ont payé aucune cotisation de sécurité sociale, reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à maximum 19 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les co-accueillants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq;
- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

En introduisant la demande en vue d'obtenir l'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée aux alinéas 1^{er} et 2, les accueillants et co-accueillants autonomes ne portent pas en compte, pour la période correspondante, la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation. Si, malgré tout, les personnes chargées de l'éducation ont payé la participation aux frais, l'accueillant ou le co-accueillant d'enfants autonome leur rembourse le montant réglé.

§ 2 - La demande pour l'indemnité compensatoire de perte de revenus fixée au § 1^{er} est introduite auprès du Gouvernement avant le 31 décembre 2021 au plus tard.

§ 3 - Le Gouvernement peut fixer les autres modalités.

Art. 110. Par dérogation à l'article 7, alinéa 2, et à l'article 9 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants ainsi qu'à l'article 17 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les accueillants et co-accueillants autonomes agréés, qui ont manifestement été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021, nonobstant les caractéristiques des locaux, continuent d'être agréés dans la mesure où le Gouvernement approuve les locaux de transition et que les accueillants et co-accueillants autonomes garantissent une surveillance accrue permanente.

L'alinéa 1^{er} s'applique jusqu'à ce que les accueillants et co-accueillants autonomes quittent les lieux de transition, au plus tard toutefois jusqu'au 31 décembre 2022.

Art. 111. Par dérogation à l'article 12, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et à l'article 29, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les accueillants et co-accueillants autonomes agréés, qui ont manifestement été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021, peuvent recevoir un subside supplémentaire de maximum 220,82 euros pour l'équipement initial ainsi qu'un subside d'équipement supplémentaire de maximum 696,20 euros, et ce, pour des équipements endommagés ou détruits. Les indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité sont déduites des dépenses éligibles.

Les demandes correspondantes peuvent être introduites entre le 1^{er} août 2021 et le 31 décembre 2022.

Art. 112. Nonobstant toute disposition contraire du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les accueillants et co-accueillants autonomes, qui ont manifestement été touchés par les inondations catastrophiques de juillet 2021 et ont demandé une modification de leur agréation ne se voient pas appliquer cette modification lors du calcul des subsides pour frais de fonctionnement admissibles énumérés aux articles 29.2 et 50.1 du même arrêté.

Section 5. — Mesures en matière de logement

Art. 113. Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut soutenir par le biais d'une aide au déménagement et au loyer des personnes particulièrement concernées par les inondations catastrophiques de juillet 2021 qui remplissent les conditions suivantes :

1° elles ont quitté une habitation rendue inhabitable par les inondations catastrophiques susmentionnées, au sens de l'article 1^{er}, 15°, du Code wallon de l'habitation durable qui se trouve en région de langue allemande;

2° elles louent depuis lors une habitation manifestement salubre au sens de l'article 1^{er}, 12°, du même Code qui se trouve en région de langue allemande;

3° il s'agit de ménages des catégories 2 et 3 au sens de l'article 1^{er}, 30° et 31°, du même Code.

L'aide au déménagement n'est octroyée qu'une seule fois. L'aide au loyer est octroyée pour une année à compter de la prise en location de l'habitation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 2°.

Le Gouvernement détermine :

1° les autres conditions d'octroi et de liquidation mises à l'obtention d'une aide au déménagement et au loyer;

2° le montant de l'aide au déménagement et au loyer;

3° la procédure de demande ainsi que les possibilités de recours.

Art. 114. Nonobstant toute disposition contraire du Code wallon de l'habitation durable, le Gouvernement octroie à la société de logement de service public - pour l'année budgétaire 2021 - un subside à concurrence de maximum 50 000 euros pour couvrir les pertes de loyer dues aux inondations catastrophiques de juillet 2021.

Pour pouvoir obtenir le subside mentionné à l'alinéa 1^{er}, la société de logement de service public transmet au Gouvernement une demande écrite avant le 31 décembre 2021 à laquelle elle joint une liste des pertes de loyers et les justificatifs y afférents.

Section 6. — Dotations spéciales octroyées aux communes et aux centres publics d'aide sociale

Art. 115. Nonobstant les dispositions du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, les centres publics d'aide sociale des communes suivantes particulièrement touchées par les inondations catastrophiques de juillet 2021 reçoivent, pour l'année budgétaire 2021, une dotation supplémentaire d'un montant de 769 500 euros afin de financer les aides directes octroyées aux ménages touchés. Ce montant est réparti comme suit entre les centres publics d'action sociale :

Burg-Reuland 7 000 euros

Eupen 650 000 euros

La Calamine 11 000 euros

Lontzen 22 000 euros

Raeren 49 000 euros

Saint-Vith 30 500 euros.

Art. 116. Nonobstant les dispositions du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, les communes suivantes, particulièrement touchées par les inondations catastrophiques de juillet 2021, reçoivent, pour l'année budgétaire 2022, une dotation supplémentaire d'un montant de 27 275 000 euros afin de surmonter les conséquences financières de cette catastrophe, déduction faite des indemnités éventuellement versées en vertu d'une assurance souscrite ou par une autre autorité. Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Burg-Reuland 1 202 500 euros

Eupen 25 000 000 euros

La Calamine 348 000 euros

Lontzen 101 000 euros

Raeren 563 500 euros

Saint-Vith 60 000 euros.

Le Gouvernement détermine les modalités en vue de contrôler l'utilisation des montants liquidés.

Art. 117. L'article 11 du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par le décret du 20 février 2017, est complété par un § 2.2 rédigé comme suit :

« § 2.2 - La commune d'Eupen obtient en outre 500 000 euros qui serviront exclusivement à remédier aux conséquences des inondations catastrophiques de juillet 2021. »

Chapitre 8 — *Dispositions diverses*

Art. 118. Dans l'article 4, § 4, du décret du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone, les mots « Un représentant permanent du Gouvernement participe » sont remplacés par les mots « Deux représentants permanents du Gouvernement au plus participent » et les mots « le représentant permanent du Gouvernement soit présent » sont remplacés par les mots « les représentants permanents du Gouvernement soient présents ».

Art. 119. À l'article 65, § 1^{er}, du décret-programme 2013 du 25 février 2013, modifié en dernier lieu par le décret du 10 décembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° en 2022 : 2 097,94 euros par équivalent temps plein. »

Chapitre 9. — *Dispositions finales*

Art. 120. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2022, à l'exception :

1° de l'article 7, qui produit ses effets le 1^{er} juin 2019;

2° des articles 14 et 17 à 30, qui produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2020;

3° de l'article 3, 2°, qui produit ses effets le 1^{er} juillet 2021;

4° de l'article 5, qui produit ses effets le 29 octobre 2021;

5° de l'article 90, qui produit ses effets le 29 juin 2021;

6° des articles 4, 33, 34, 46, 88 et 98 à 115, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret;

7° des articles 11 et 12, qui entrent en vigueur le 1^{er} avril 2022.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 15 décembre 2021.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2021-2022

Documents parlementaires : 173 (2021-2022) n° 1 Proposition de décret

173 (2021-2022) n° 2 Propositions d'amendement

173 (2021-2022) n° 3 Rapport

173 (2021-2022) n° 4 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 15 décembre 2021 - N° 37 Discussion et vote

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/201841]

15 DECEMBER 2021. — **Programmadecreet 2021**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Hoofdstuk 1. — *Persoonsgebonden aangelegenheden*

Afdeling 1. — Ouderen

Artikel 1. In hoofdstuk 2, afdeling 2, onderafdeling 2, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg wordt een artikel 26.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 26.1 - Inspraakrecht in woonstructuren

Dienstverrichters van woonzorgcentra voor ouderen en dienstverrichters van woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte richten de volgende organen op:

1° een bewonersraad die bestaat uit bewoners van het woonzorgcentrum;

2° een familieraad die bestaat uit referentiepersonen van bewoners van het woonzorgcentrum.

De organen vermeld in het eerste lid worden ofwel per wooneenheid of deelgebied, ofwel per woonzorgcentrum opgericht.

De dienstverrichter is ertoe verplicht beide organen in te lichten en te horen wanneer hij van plan is op de volgende punten iets te wijzigen of te beslissen:

- 1° het samenleven en het wonen;
- 2° de verzorging, begeleiding en maaltijden;
- 3° bij wijziging van het huishoudelijk reglement en van overeenkomsten;
- 4° bij het vormgeven van de verblijfsvoorwaarden, het dagelijkse leven en de vrijetijdsbesteding.

Bovendien is de dienstverrichter ertoe verplicht beide organen in te lichten over toekomstige bouwmaatregelen of een uitbreiding, beperking of stopzetting van het aanbod.

De organen hebben het recht om minstens mee te werken aan de themavelden vermeld in het derde en het vierde lid en kunnen de dienstverrichter hierover suggesties geven of voorstellen doen.

Beide organen kunnen klachten van bewoners en referentiepersonen doorgeven en meehelpen om een oplossing te vinden. Ze moeten de bewoners en de referentiepersonen aan om grieven en verbeteringsmogelijkheden aan te kaarten en ondersteunen hen actief daarbij.

Ze helpen nieuwe bewoners en hun referentiepersonen om hun weg te vinden in de woonstructuur.”

Afdeling 2. — Gezondheid

Art. 2. In artikel 10.1.10, § 2, eerste lid, van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;
 - 2° er wordt een bepaling onder 6° ingevoegd, luidende:
- “6° vaccinatiecentra oprichten en hun werking bepalen.”

Art. 3. In artikel 10.6.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in § 4, eerste lid, 2°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;
- 2° § 4, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende:

“3° kunnen personen die geen gevaar voor de volksgezondheid inhouden, geheel of gedeeltelijk vrijgesteld worden van de tijdelijke afzondering of quarantaine en van de testing.”

- 3° er wordt een § 4.1 ingevoegd, luidende:

“§ 4.1 - Voor de toepassing van dit artikel en om de burger in staat te stellen te bewijzen dat hij besmet is met het coronavirus (COVID-19) kan de Regering:

- 1° het testen op besmetting met het coronavirus (COVID-19) organiseren en de nadere regels daarvoor bepalen;
- 2° testcentra oprichten en hun werking bepalen.”

Art. 4. In artikel 10.6.4, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 oktober 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in de bepaling onder 2° worden de woorden “200 personen” vervangen door de woorden “100 personen”;
- 2° in de bepaling onder 3° worden de woorden “200 personen” vervangen door de woorden “100 personen”.

Art. 5. Artikel 10.6.11, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 oktober 2021, wordt opgeheven.

Afdeling 3. — Gezin

Art. 6. In artikel 7, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, gewijzigd bij de decreten van 2 maart 2015 en 10 december 2020, worden de woorden “in de ruimten van een onderwijsinstelling of in ruimten die aan die onderwijsinstelling verbonden zijn” vervangen door de woorden “in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs”.

Art. 7. Artikel 15, § 3, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een bepaling onder j), luidende:

“j) het rijksregisternummer.”

Art. 8. In artikel 42, tweede lid, van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden de woorden “kan de Regering, na alle voor het inwinnen van die inlichtingen dienstige stappen te hebben ondernomen, beslissen op grond van de inlichtingen waarover ze beschikt,” vervangen door de woorden “weigert de Regering de aanvraag”.

Art. 9. In artikel 50 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“In afwijking van het eerste lid geschiedt de uitbetaling op een rekening waarvan het rekeningnummer niet in SEPA-formaat is, in de loop van de maand na het halfjaar waarop de uitbetaling betrekking heeft.”

2° In § 2, eerste lid, worden de woorden “bij een kredietinstelling zoals gedefinieerd in artikel 1, § 3, van de wet van 25 april 2014 op het statuut van en het toezicht op kredietinstellingen en beursvennootschappen” opgeheven.

Art. 10. In artikel 57, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in de bepaling onder 2° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;
- 2° er wordt een bepaling onder 3° ingevoegd, luidende:

“3° ze uitbetaald werden voor een periode waarvoor de ontvanger, met toepassing van artikel 42, de aangevraagde aanvullende inlichtingen ondanks een aanmaning, na meer dan één maand te rekenen vanaf toezending van die aanmaning, nog altijd niet verstrekt heeft.”

Art. 11. In artikel 75 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "vijf jaar" vervangen door de woorden "drie jaar";

2° In § 2, tweede lid, worden de woorden "vijf jaar" vervangen door de woorden "drie jaar".

Art. 12. In hoofdstuk 9, afdeling 2, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, wordt een artikel 117.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 117.2 - Overgangsbepaling

Artikel 75, zoals van kracht op 1 april 2022, is van toepassing op alle aanvragen en rechtsvorderingen tot invordering van gezinsbijslagen die vanaf 1 april 2022 worden ingediend. Op aanvragen en rechtsvorderingen die vóór die datum zijn ingediend, is artikel 75, zoals van kracht op 31 maart 2022, van toepassing."

Afdeling 4. — Sociale aangelegenheden

Art. 13. In hoofdstuk III van het decreet van 29 april 1996 betreffende de schuldbemiddeling en de afbetaling van schulden, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt een artikel 14ter ingevoegd, luidende:

"Art. 14ter - In afwijking van artikel 3, § 2, tweede lid, tweede streepje, hoeven de instellingen voor schuldbemiddeling voor de jaren 2020 en 2021 niet te voldoen aan de verplichting om de persoon belast met de schuldbemiddeling een door de Regering erkende voortgezette opleiding van ten minste zes uur te laten volgen."

Afdeling 5. — Jeugdbijstand en adoptie

Art. 14. Artikel 6bis, § 2, 2°, van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren, vervangen bij het decreet van 27 april 2020, wordt vervangen als volgt:

"2° de overname van kosten en financiële tegemoetkomingen die ontstaan in het kader van artikel 5, tweede lid, artikel 33, § 1, artikel 35, vierde lid, artikel 55, vierde lid, en artikel 56, vierde lid, van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen;"

Art. 15. In artikel 33.1 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, ingevoegd bij het decreet van 23 april 2018, worden de woorden "van dit decreet" vervangen door de woorden "van een maatregel inzake jeugdbijstand".

Art. 16. In artikel 33.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 april 2018, worden de woorden "van dit decreet" vervangen door de woorden "van een maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming".

Art. 17. In artikel 3, 3°, van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen worden de woorden "erkende, privaatrechtelijke of publiekrechtelijke rechtspersoon" vervangen door de woorden "erkende vereniging zonder winstoogmerk of publiekrechtelijke rechtspersoon".

Art. 18. In artikel 12, § 3, van hetzelfde decreet worden de woorden "of, naargelang van het geval, gedeeltelijke aanvraag" opgeheven.

Art. 19. Artikel 24, § 4, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - De ZBGA kan een erkende adoptiedienst belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van de taken vermeld in de § 2 en 3."

Art. 20. Artikel 25, § 2, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De ZBGA kan een erkende adoptiedienst belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van de taken vermeld in paragraaf 1."

Art. 21. Artikel 26, derde lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"De ZBGA kan een erkende adoptiedienst belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van de taken vermeld in het eerste en het tweede lid."

Art. 22. In artikel 31 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

"Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de ZBGA de uitvoering van de voorbereiding op de adoptie geheel of gedeeltelijk aan derden overdragen."

2° in het derde lid wordt het woord "gelijkgesteld" vervangen door de woorden "geheel of gedeeltelijk gelijkgesteld".

Art. 23. In artikel 33, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden ", het bedrag dat de kandidaat-adoptanten als bijdrage in de kosten betalen, alsook de manier waarop die bijdrage wordt overgeschreven" vervangen door de woorden ", alsook de nadere regels voor de financiering van de voorbereiding op de adoptie, met inbegrip van een eventuele financiële tegemoetkoming voor de kandidaat-adoptanten".

Art. 24. In artikel 35 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het derde lid wordt vervangen als volgt:

"De ZBGA kan per prestatie vergoede deskundigen belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van het maatschappelijk onderzoek vermeld in het eerste lid."

2° het vierde lid wordt vervangen als volgt: "De Regering bepaalt de nadere regels voor het voeren en voor het financieren van het maatschappelijk onderzoek, met inbegrip van een eventuele financiële tegemoetkoming voor de kandidaat-adoptanten, alsook het model van het document vermeld in artikel 5, tweede lid, van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie."

Art. 25. Artikel 36, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"De ZBGA kan per prestatie vergoede deskundigen belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van het maatschappelijk onderzoek vermeld in het eerste lid."

Art. 26. Artikel 37, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“De ZBGA kan per prestatie vergoede deskundigen belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van het maatschappelijk onderzoek vermeld in het eerste lid.”

Art. 27. In artikel 38 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

“De ZBGA kan per prestatie vergoede deskundigen belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van het maatschappelijk onderzoek vermeld in het eerste lid.”

2° in het derde lid worden de woorden “de uitvoering” vervangen door de woorden “de uitvoering en de financiering”.

Art. 28. In artikel 55 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

“De ZBGA kan een erkende adoptiedienst belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van de taken vermeld in het eerste lid.”

2° het derde lid wordt vervangen als volgt:

“Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de ZBGA de begeleiding en ondersteuning vermeld in het eerste lid, 1°, aan externe diensten en personen overdragen.”

3° het vierde lid wordt vervangen als volgt: “De Regering bepaalt de nadere regels voor de financiering van de begeleiding en ondersteuning vermeld in het derde lid, met inbegrip van een eventuele kostenovername door de ZBGA.”

Art. 29. In artikel 56 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

“De ZBGA kan een erkende adoptiedienst belasten met de gehele of gedeeltelijke uitvoering van de nazorg vermeld in het eerste lid.”

2° het derde lid wordt vervangen als volgt:

“Als de nazorg van het geadopteerde kind en van de adoptant begeleiding en ondersteuning door externe diensten en personen vereist, kan de ZBGA die diensten en personen, onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden, met de begeleiding en ondersteuning belasten.”

3° het vierde lid wordt vervangen als volgt: “De Regering bepaalt de nadere regels voor de financiering van de nazorg vermeld in het eerste lid en van de externe begeleiding en ondersteuning vermeld in het derde lid, met inbegrip van een eventuele kostenovername door de ZBGA.”

Art. 30. In artikel 59, § 3, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2° worden de woorden “artikel 55, derde lid, en artikel 56, derde lid” opgeheven;

2° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

3° er wordt een bepaling onder 6° ingevoegd, luidende:

“6° de diensten en personen vermeld in artikel 55, derde lid, en artikel 56, derde lid.”

Hoofdstuk 2. — Culturele aangelegenheden

Afdeling 1. — Cultuur

Art. 31. In artikel 16 van het decreet van 7 mei 2007 ter bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt tussen het derde lid en het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“De aanvrager heeft 24 maanden de tijd, te rekenen vanaf de toezegging van de subsidie, om zijn werk te publiceren. Op schriftelijk verzoek kan de Regering die termijn één keer met maximaal twaalf maanden verlengen. Als die publicatietermijn niet wordt nagekomen, vordert de Regering de subsidie terug.”

Art. 32. In artikel 43.3, § 2, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017 en gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“De aanvrager heeft 24 maanden de tijd, te rekenen vanaf de toezegging van de subsidie, om zijn werk te publiceren. Op schriftelijk verzoek kan de Regering die termijn één keer met maximaal twaalf maanden verlengen. Als die publicatietermijn niet wordt nagekomen, vordert de Regering de subsidie terug.”

Art. 33. In artikel 93.4 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“In afwijking van artikel 46 krijgt een amateurkunstvereniging die actief is in de kunstdiscipline muziek voor de kalenderjaren 2022 en 2023 een ondersteuning op basis van de meest recente classificatie.”

Art. 34. In hoofdstuk 7.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij het decreet van 26 april 2021, wordt een artikel 93.9 ingevoegd, luidende:

“Art. 93.9 - Classificatie en ondersteuning van de amateurkunstverenigingen in de kunstdiscipline muziek

In afwijking van artikel 47 publiceert de Regering de volgende oproep voor:

1° de rangschikking van de muziekverenigingen in het kalenderjaar 2023;

2° de rangschikking van de instrumentale ensembles, kamermuziekensembles, koren, vocale ensembles en kinderen jeugdkoren in het kalenderjaar 2024.

Onverminderd artikel 46 wordt de classificatie van de amateurkunstverenigingen in de kunstdiscipline muziek die op 1 januari 2022 al ondersteund werden, met twee jaar verlengd.”

Afdeling 2. — Sport

Art. 35. In het decreet van 20 januari 1992 houdende verlening van toelagen voor de aanschaffing van sportmateriaal, gewijzigd bij de decreten van 23 oktober 2000 en 7 januari 2002, wordt het woord "Executieve" telkens vervangen door het woord "Regering".

Art. 36. Artikel 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"De aanvraag kan worden ingediend door:

1° sportverenigingen die basisondersteuning krijgen van één van de gemeenten van het Duitse taalgebied overeenkomstig artikel 12 van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap of die een subsidie van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap hebben gekregen;

2° sportfederaties en lokale sportraden in de zin van artikel 3, 6° en 7°, van het sportdecreet van 19 april 2004;

3° gemeenten en autonome gemeentebedrijven van het Duitse taalgebied;

4° ouderverenigingen die actief zijn in het Duitse taalgebied."

Art. 37. In artikel 4, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 38. In hetzelfde decreet wordt een artikel 7.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 7.1 - De aanwending van de subsidies die ter uitvoering van dit decreet worden toegekend, wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof."

Art. 39. In artikel 16 van het sportdecreet van 19 april 2004, vervangen bij het decreet van 22 juni 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"Een sportfederatie krijgt bovendien:

- 175 euro per vereniging, indien ze 3 tot 10 clubs telt;

- 200 euro per vereniging, indien ze 11 tot 20 clubs telt;

- 225 euro per vereniging, indien ze ten minste 21 clubs telt."

2° in § 2, tweede lid, 3°, worden de woorden "21 jaar" vervangen door de woorden "25 jaar".

Art. 40. In artikel 23, derde lid, 4°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden "trainer D, oefenmeester zonder kwalificatie" vervangen door de woorden "trainer D-hulptrainer, houder van een erkend bewijs 'vrijwillige jeugdleader' van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 41. In artikel 27, § 2, 4°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 11 december 2018, worden de woorden "trainer D" vervangen door de woorden "trainer D-hulptrainer".

Art. 42. Artikel 54 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Als een sporttak meer dan één sportfederatie erkent, wordt de aanvullende subsidie voor sportfederaties voor het jaar 2022 in afwijking van artikel 16, § 1, tweede lid, als volgt berekend:

- 500 euro, indien ze tot 5 clubs telt;

- 1.000 euro, indien ze 6 tot 14 clubs telt;

- 2.000 euro, indien ze ten minste 15 clubs telt."

Art. 43. In artikel 2 van het decreet van 30 januari 2006 ter voorkoming van de gezondheidsschaden bij sportbeoefening, gewijzigd bij het decreet van 19 december 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 6° wordt vervangen als volgt:

"6° Koepelorganisatie: de Koepelorganisatie voor de Sport in de Duitstalige Gemeenschap die overeenkomstig het sportdecreet van 19 april 2004 is erkend;"

2° de bepaling onder 7° wordt opgeheven.

Art. 44. In artikel 24, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de Sportcommissie" vervangen door de woorden "de Koepelorganisatie".

Art. 45. In artikel 29 van hetzelfde decreet worden de woorden "de sportcommissie" vervangen door de woorden "de Koepelorganisatie".

Art. 46. In artikel 14, derde lid, van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020, worden de woorden "één jaar" vervangen door de woorden "twee jaar" en worden de woorden "in 2020" vervangen door de woorden "in de jaren 2020 en 2021".

Afdeling 3. — Media

Art. 47. In artikel 7 van het decreet van 25 maart 2013 tot erkenning en subsidiëring van een instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "decreet van 27 juli 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen" vervangen door de woorden "decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen";

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "de audiovisuele sector" vervangen door de woorden "mediadiensten in de zin van artikel 4, 35°, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen";

3° in de inleidende zin van § 2, derde lid, wordt het woord "omroep" vervangen door het woord "mediadiensten" en worden de woorden "audiovisuele mediadiensten" vervangen door de woorden "mediadiensten";

4° in § 2, derde lid, 5°, worden de woorden "audiovisuele mediadiensten" vervangen door het woord "mediadiensten";

5° in § 3, eerste lid, wordt het woord "omroep" vervangen door het woord "mediadiensten" en worden de woorden "audiovisuele mediadienst" vervangen door het woord "mediadienst".

Art. 48. In artikel 4 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° er wordt een bepaling onder 26.1 ingevoegd, luidende:

"26.1 radiospectrumtoewijzing: de aanwijzing van een specifiek radiospectrum of een specifieke radiospectrumband voor gebruik door een of meer audiovisuele en/of auditieve mediadiensten, in voorkomend geval onder duidelijk omschreven voorwaarden;"

2° er wordt een bepaling onder 38.1 ingevoegd, luidende:

"38.1 netwerk met zeer hoge capaciteit: hetzij een netwerk voor elektronische communicatie dat ten minste tot aan het distributiepunt volledig uit optische-vezelementen bestaat, hetzij een elektronischcommunicatienetwerk dat, in gebruikelijke piekomsomstandigheden, in staat is om soortgelijke netwerkprestaties te bieden wat betreft downlink- en uplinkbandbreedte, veerkrachtigheid van het netwerk, parameters met betrekking tot fouten, latentietijden en de veranderingen daarin; de netwerkprestaties kunnen ook als vergelijkbaar worden beschouwd als de eindgebruiker een andere gebruikservaring heeft vanwege de inherent verschillende kenmerken van het medium dat op het netwerk wordt aangesloten;"

Art. 49. Artikel 8, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Particuliere aanbieders van mediadiensten moeten voor elke mediadienst die ze voornemens zijn aan te bieden, een meldplicht bij de Mediaraad nakomen. Aanbieders die mediadiensten willen aanbieden via een zelfstandig functionerend elektronischcommunicatienetwerk dat gebruik maakt van een radiofrequentie overeenkomstig artikel 58, zijn voor die diensten vrijgesteld van die meldplicht. De Mediaraad bevestigt de ontvangst van de melding. De aanbieder mag de activiteit ten vroegste op de dag na ontvangst van die bevestiging aanvangen."

Art. 50. In artikel 44, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de woorden "vier weken" worden vervangen door de woorden "dertig dagen";

2° het eerste lid wordt aangevuld met de volgende zinnen:

"De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de Mediaraad openbaar gemaakt via het informatiepunt dat is opgericht op grond van artikel 116, § 1. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 124."

Art. 51. In artikel 50, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"De Regering wijst het radiospectrum toe. Ze stelt het plan op met het radiospectrum dat aan de verschillende lineaire audiovisuele en auditieve mediadiensten kan worden toegewezen met inachtneming van de desbetreffende federale technische normen en van het federale plan voor de verdeling tussen civiele en militaire frequentiebanden, evenals met samenwerkingsakkoorden afgesloten met ander gemeenschappen en/of met de federale overheid."

2° de paragraaf wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Als de Regering voornemens is het radiofrequentieplan op te stellen of te wijzigen, geeft ze de belanghebbende partijen eerst voldoende tijd om hun standpunt over de geplande wijzigingen kenbaar te maken. Rekening houdend met de complexiteit van de materie en afgezien van uitzonderlijke omstandigheden bedraagt die termijn minstens dertig dagen. De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de Regering openbaar gemaakt via het informatiepunt dat de Mediaraad op grond van artikel 116, § 1 heeft opgericht. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen."

Art. 52. In artikel 52 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het opschrift wordt aangevuld met de woorden "en aanbestedingen";

2° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

"Elke toewijzing van radiospectrum, met uitzondering van de toewijzingen overeenkomstig artikel 57, vereist een voorafgaande aanbesteding door de Mediaraad. Die aanbesteding wordt bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad* en via het informatiepunt dat overeenkomstig artikel 116, § 1, is opgericht. In die aanbestedingen maakt de Mediaraad het inventaris bekend van het gehele in de Duitstalige Gemeenschap beschikbare, resp. beschikbaar te stellen radiospectrum, evenals, indien van toepassing, de indeling van radiospectrum volgens zendercategorieën, het ogenblik waarop ze kunnen worden toegewezen alsmede de beschikbare zendtijden voor elke wijze van uitzending met bepaling van een redelijke termijn om de aanvragen in te dienen."

Art. 53. In de inleidende zin van artikel 55, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "auditieve mediadiensten dat wordt toegewezen voor zendernetten, regionale radio's of audiovisuele mediadiensten" vervangen door de woorden "zendernetten, regionale radio's of audiovisuele mediadiensten".

Art. 54. In artikel 58 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid tot het zesde lid worden § 1, eerste lid tot zesde lid;

2° in § 1, eerste lid, worden de woorden "artikel 46" vervangen door de woorden "de artikelen 8 en 46";

3° in de inleidende zin van § 1, derde lid, worden de woorden "artikel 55" vervangen door de woorden "artikel 52, tweede lid";

4° in § 1, derde lid, 4°, f), worden de woorden "en lokale radio's" vervangen door de woorden "en lokale radio's en lineaire audiovisuele mediadiensten die zich tot het publiek in het Duitse taalgebied wenden";

5° In § 1, zesde lid, wordt het woord "besluiten" vervangen door het woord "beslissingen";

6° het artikel wordt aangevuld met een § 2, luidende:

"§ 2 - Als een aanbieder, met uitzondering van de aanbieder van schoolradio's en evenementenradio's, die al over een door de Mediaraad toegewezen gebruiksrecht voor één of meer radiofrequenties beschikt, de toewijzing van één of meer aanvullende radiofrequenties aanvraagt, valt hij onder een vereenvoudigde procedure. In dat geval hoeven alleen de inlichtingen bedoeld in § 1, derde lid, 1°, 3°, 7° tot 16°, aan de Mediaraad te worden meegedeeld. De Mediaraad bepaalt de vorm van het aanvraagformulier. Voorts blijven § 1, eerste lid, tweede lid, vierde tot zesde lid, en artikel 65 van toepassing."

Art. 55. In artikel 59 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift wordt het woord "spectrumtoewijzingen" vervangen door de woorden "toewijzingen van radiospectrum";

2° het enige lid wordt paragraaf 1;

3° in paragraaf 1 wordt de inleidende zin vervangen als volgt:

"Als de Mediaraad vaststelt dat het aantal gebruiksrechten voor het gebruik van radiospectrum moet worden beperkt of, naargelang van het geval, vaststelt dat de vraag naar de toewijzing van een radiofrequentie in het kader van een aanbesteding groter is dan het beschikbare aanbod, beoordeelt hij de aanvragen overeenkomstig artikel 58, waarbij rekening wordt gehouden met de volgende criteria: "

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

" § 2 - Als bij een aanbesteding van radiospectrum verscheidene aanvragers de toewijzing van dezelfde frequentie aanvragen, geeft de Mediaraad, voordat hij een beslissing neemt, de belanghebbende partijen voldoende tijd om hun standpunt kenbaar te maken; rekening houdend met de complexiteit van de materie en afgezien van uitzonderlijke omstandigheden, bedraagt die termijn minstens dertig dagen. De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de Mediaraad openbaar gemaakt via het informatiepunt dat is opgericht op grond van artikel 116, § 1. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 124."

Art. 56. Artikel 66 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Voordat hij een beslissing neemt, geeft de Mediaraad de belanghebbende partijen, met inbegrip van gebruikers en consumenten, de gelegenheid om binnen een termijn van ten minste dertig dagen hun standpunt kenbaar te maken. In uitzonderlijke gevallen kan de termijn korter zijn. De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de Mediaraad openbaar gemaakt via het informatiepunt dat is opgericht op grond van artikel 116, § 1. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 124."

Art. 57. Artikel 67, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Voordat gebruiksrechten voor radiospectrum zonder toestemming van de houder van de rechten worden ingetrokken, geeft de Mediaraad de belanghebbende partijen voldoende tijd om hun standpunt kenbaar te maken; rekening houdend met de complexiteit van de materie en afgezien van uitzonderlijke omstandigheden, bedraagt die termijn minstens dertig dagen. De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de Mediaraad openbaar gemaakt via het informatiepunt dat is opgericht op grond van artikel 116, § 1. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 124."

Art. 58. In artikel 71, § 3, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"De Mediaraad is bevoegd om verplichtingen op te leggen voor het gedeeld gebruik van bekabeling in gebouwen of tot aan het eerste punt van samenkomst of distributie als dit zich buiten het gebouw bevindt, aan de exploitanten van elektronische communicatienetwerken en/of aan de eigenaars van de bekabeling en/of bijhorende faciliteiten indien die eigenaars geen aanbieders van elektronische communicatienetwerken zijn, voor zover dit gerechtvaardigd is omwille van het feit dat duplicatie van dergelijke infrastructuur economisch inefficiënt of in de praktijk onmogelijk zou zijn.

2° de paragraaf wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"Voordat de Mediaraad overeenkomstig deze paragraaf verplichtingen oplegt, geeft hij de belanghebbende partijen voldoende tijd om hun standpunt kenbaar te maken; rekening houdend met de complexiteit van de materie en afgezien van uitzonderlijke omstandigheden, bedraagt die termijn minstens dertig dagen. De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de Mediaraad openbaar gemaakt via het informatiepunt dat is opgericht op grond van artikel 116, § 1. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 124."

Art. 59. In artikel 84 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 2, derde lid, wordt vervangen als volgt:

"Om uitvoering te geven aan de uit hoofde van dit decreet opgelegde verplichtingen kan de Mediaraad onder meer eisen of weigeren dat een referentieaanbod wordt gewijzigd. De Mediaraad bepaalt de nadere regels voor de inwerkingtreding van het referentieaanbod en de wijzigingen ervan."

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende:

" § 5 - Als de auteur van het referentieaanbod dit referentieaanbod wil wijzigen, deelt hij de gewenste wijziging minstens negentig dagen vóór de geplande datum van inwerkingtreding mee aan de Mediaraad. Binnen die termijn kan de Mediaraad aan de auteur van de geplande wijziging mededelen dat hij een beslissing over de gewenste wijziging zal nemen. Met die mededeling wordt de inwerkingtreding van de gewenste wijziging geschorst."

Art. 60. [Geldt alleen voor de Duitse versie].

Art. 61. In artikel 93, § 3, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "besluit" vervangen door het woord "beslissing".

Art. 62. In artikel 97, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de derde zin en de vierde zin vervangen als volgt:

"Voordat hij zijn beslissing neemt, verzoekt de Mediaraad de betrokken exploitanten van elektronische communicatiediensten en verbruikers via zijn website om binnen een termijn van ten minste dertig dagen hun standpunt omtrent de ontwerpbeslissing te kennen te geven. Als binnen die termijn geen standpunt te kennen wordt gegeven, kan de Mediaraad zijn beslissing nemen. Bij de toepassing van dit artikel neemt de Mediaraad overeenkomstig artikel 124 de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen in acht."

Art. 63. In artikel 101 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 2, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

“De Mediaraad bestaat uit minstens drie en hoogstens vier leden. De Regering wijst de leden van de Mediaraad aan en stelt onder hen een voorzitter en een plaatsvervangende voorzitter aan. De plaatsvervangende voorzitter vertegenwoordigt de voorzitter als deze verhinderd is.”

2° in § 2, tweede lid, wordt het woord “Besluiten” vervangen door het woord “Beslissingen”;

3° in § 2, derde lid, wordt aan het begin van het derde lid de volgende zin ingevoegd:

“De Mediaraad beschikt over deskundig personeel.”

4° in § 3, eerste lid, worden de woorden “ter beschikking gestelde” opgeheven;

5° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt:

“§ 4 - De Regering zorgt ervoor dat de Mediaraad voldoende technische, financiële en menselijke middelen heeft om de hem toegewezen taken te kunnen vervullen.”

6° in § 5, eerste lid, wordt de derde zin vervangen als volgt:

“Het personeel van de Mediaraad, adviseurs en deskundigen kunnen worden uitgenodigd op de vergaderingen van de Mediaraad, met het recht om hun standpunt te kennen te geven over de onderwerpen die om advies zijn voorgelegd.”

Art. 64. Artikel 105, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 65. In artikel 106 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de tweede zin vervangen als volgt:

“Het mandaat begint met de eedaflegging van betrokkene.”

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

“Na afloop van hun mandaat leiden de leden van de Mediaraad de zaken verder tot hun opvolger de eed heeft afgelegd.”

Art. 66. [Geldt alleen voor de Duitse versie].

Art. 67. In artikel 112, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 16° wordt vervangen als volgt:

“16° overeenkomstig artikel 52 publiceert hij aanbestedingen en maakt hij de informatie over de beschikbaarheid van radiospectrum bekend;”

2° in de bepaling onder 30° worden de woorden “artikel 116” vervangen door de woorden “artikel 44, eerste lid, artikel 59, § 2, artikel 66, artikel 67, § 1, artikel 71, § 2 en 3, artikel 72, § 2, artikel 73, § 3, 4 en 10, artikel 77, artikel 78, artikel 93, § 2, artikel 97, § 2, en de artikelen 116 en 117”.

Art. 68. [Geldt alleen voor de Duitse versie].

Art. 69. In artikel 116 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord “centraal” opgeheven;

2° [Geldt alleen voor de Duitse versie];

3° in § 3 wordt het woord “besluit” vervangen door het woord “beslissing”.

Art. 70. In artikel 117 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het vierde lid wordt opgeheven;

2° in het vijfde lid, dat het vierde lid wordt, worden de woorden “artikel 32” vervangen door de woorden “artikel 33”;

3° in het zesde lid, dat het vijfde lid wordt, wordt het woord “besluit” vervangen door de woorden “beslist om” en worden de woorden “artikel 32” vervangen door de woorden “artikel 33”.

Art. 71. Artikel 124 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“Art. 124 - Behandeling van bedrijfs- en handelsgeheimen

De leden, de adviseurs, de deskundigen en de personeelsleden van de Mediaraad behandelen de bedrijfs- en handelsgeheimen die hun in het kader van hun activiteit voor de Mediaraad ter kennis werden gegeven vertrouwelijk. Dat geldt ook na de beëindiging van hun activiteit.”

Art. 72. In artikel 125, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

“3° andere inkomsten, in het bijzonder schenkingen en legaten;”

Art. 73. In artikel 127, § 5, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “is vier jaar” vervangen door de woorden “bedraagt vier jaar vanaf hun aanwijzing”.

Art. 74. In artikel 128 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste en tweede lid worden § 1, eerste en tweede lid;

2° § 1, eerste lid, 2°, wordt aangevuld met de woorden “, in het bijzonder wanneer het betrokken lid artikel 130, § 5, heeft geschonden”;

3° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

“§ 2 - Een plaatsvervangend lid neemt ontslag uit de adviesraad als het in artikel 127, § 2, eerste en tweede lid, genoemde voordragende orgaan diens mandaat intrekt, in het bijzonder wanneer het betrokken lid artikel 130, § 5, heeft geschonden.”

Art. 75. In artikel 129, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel 116" vervangen door de woorden "artikel 116, § 1".

Art. 76. Artikel 130 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende:

"§ 5 - De leden, plaatsvervangende leden, adviseurs, vertegenwoordigers en plaatsvervangende vertegenwoordigers van de in het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap gekozen lijsten en deskundigen van de adviesraad, alsook het lid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat de notulen van de vergaderingen opmaakt en het secretariaat van de adviesraad verzorgt, behandelen de bedrijfs- en handelsgeheimen die hun in het kader van hun activiteit voor de Mediaraad ter kennis werden gegeven vertrouwelijk. Dat geldt ook na de beëindiging van hun activiteit."

Art. 77. In artikel 134 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "voor de productie van documentaires, animatiefilms en speelfilms van welke aard en lengte dan ook" vervangen door de woorden "voor filmproducties, televisieproducties, videoproducties en andere audiovisuele mediaproducties van welke aard dan ook, met inbegrip van de kosten voor de voorbereiding en evaluatie ervan";

2° de inleidende zin van het tweede lid wordt vervangen als volgt: "De producties vermeld in het eerste lid zijn geheel of gedeeltelijk subsidieerbaar als:";

3° het tweede lid, 1°, wordt vervangen als volgt:

"1° de kwaliteit van de productie is aangetoond en er een culturele of andere link met de Duitstalige Gemeenschap bestaat. Er is een culturele of andere link met de Duitstalige Gemeenschap als de productie inhoudelijk nauw samenhangt met de Duitstalige Gemeenschap of de aanbieder van de productie in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd is;"

4° het tweede lid, 4°, wordt vervangen als volgt:

"4° de aanvrager zijn aanvraag om subsidie voldoende nauwkeurig heeft beschreven en gemotiveerd. Hij moet over de noodzakelijke kwalificatie en over voldoende capaciteit qua mensen en materiële middelen beschikken om de productie uit te voeren."

5° het tweede lid, 5°, wordt opgeheven.

Art. 78. In artikel 140, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "een auditeur" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel 101, § 3, een auditeur".

Art. 79. In het opschrift van artikel 142 van hetzelfde decreet wordt het woord "besluiten" vervangen door het woord "beslissingen".

Art. 80. In artikel 156 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het derde lid wordt vervangen als volgt:

"Mediadiensten die tot nu toe niet moesten worden geregistreerd, maar op grond van artikel 8 van dit decreet wel moeten geregistreerd, moeten uiterlijk twaalf maanden na de inwerkingtreding van dit decreet worden aangemeld."

2° Tussen het vierde lid en het vijfde lid, dat het zesde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"De Mediaraad is de rechtsopvolger van de Mediaraad die was geïnstalleerd op grond van artikel 86, § 2, eerste lid, van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen."

3° in het vijfde lid, dat het zesde lid wordt, worden de woorden "en van de Advieskamer" opgeheven en wordt het woord "inwerkingtreding" vervangen door het woord "inwerkingtreding"; voorts wordt het lid aangevuld met de volgende zinnen:

"Dit geldt ook voor een eventueel aanvullend lid van de Mediaraad dat op 31 december 2021 in functie is. De ambtstermijn van de leden en plaatsvervangende leden van de Advieskamer van de Mediaraad die op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet in functie waren, eindigt uiterlijk op 4 december 2025. Dat geldt ook voor de andere leden en plaatsvervangende leden van de adviesraad die op 31 december 2021 in functie zijn."

Hoofdstuk 3. — *Onderwijs*

Art. 81. Artikel 4.9, § 2.1, derde lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, wordt opgeheven.

Hoofdstuk 4. — *Overgedragen gewestaangelegenheden*

Afdeling 1. — *Monumentenzorg*

Art. 82. In hoofdstuk V van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt een artikel 41.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 41.1 - Vergoedingen

De leden van de commissie en de personen die met toepassing van artikel 39, tweede lid, aan de vergaderingen deelnemen, hebben recht op presentiegelden en reisvergoedingen overeenkomstig de bepalingen die de Regering heeft vastgelegd."

Afdeling 2. — *Begraafplaatsen en lijkbezorging*

Art. 83. In artikel 2 van het decreet van 14 februari 2011 op de begraafplaatsen en de lijkbezorging worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "begraafplaatsen en crematoria" vervangen door de woorden "begraafplaatsen, crematoria en urnenbegravingen";

2° in het tweede lid worden de woorden "Op intergemeentelijke begraafplaatsen en in intergemeentelijke crematoria" vervangen door de woorden "Op intergemeentelijke begraafplaatsen, in intergemeentelijke crematoria en op intergemeentelijke urnenbegravingen" en worden de woorden "de begraafplaats of het crematorium" vervangen door de woorden "de begraafplaats, het crematorium of de urnenbegraving".

Art. 84. Het opschrift van hoofdstuk 2, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 1 - Openbare begraafplaatsen, crematoria en urnenbegravingen"

Art. 85. In artikel 4 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, wordt aangevuld met de volgende zin:

“Er kan een urnenbegraafplaats worden opgericht.”

2° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

“Enkel een gemeente of een intercommunale vereniging kan een begraafplaats, een crematorium of een urnenbegraafplaats oprichten en beheren. Het oprichten of uitbreiden van een begraafplaats, crematorium of een urnenbegraafplaats geschiedt met toestemming van de Regering.”

3° in § 1, derde lid, worden de woorden “Voor intergemeentelijke begraafplaatsen of intergemeentelijke crematoria” vervangen door de woorden “intergemeentelijke begraafplaatsen, crematoria of urnenbegraafplaatsen”;

4° in § 1, vijfde lid, wordt de eerste zin aangevuld met de woorden “; alsook de criteria voor de oprichting, uitbreiding of vormgeving van de begraafplaatsen en urnenbegraafplaatsen”;

5° in § 3 wordt het woord “begraafplaatsen” vervangen door de woorden “begraafplaatsen en urnenbegraafplaatsen”.

Art. 86. In artikel 29, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

“Op een urnenbegraafplaats worden urnen in een grafconcessie begraven.”

2° in het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt het woord “begraafplaats” vervangen door de woorden “begraafplaats of urnenbegraafplaats”.

Afdeling 3. — Toerisme

Art. 87. In artikel 22, § 1, van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “30.000 euro” vervangen door de woorden “45.000 euro”, de woorden “22.000 euro” door de woorden “24.000 euro” en de woorden “6.500 euro” door de woorden “7.000 euro”;

2° tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

“De Regering kan slechts één toeristisch informatiepunt van categorie 1 met zetel in het kanton Eupen en slechts één toeristisch informatiepunt van categorie 1 met zetel in het kanton Sankt Vith ondersteunen.”

Art. 88. Artikel 8.3, tweede lid, van het crisisdecreet 2020-2021 van 6 april 2020, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2021, wordt vervangen als volgt:

“Voor het begrotingsjaar 2021 ontvangen de gemeenten een aanvullende dotatie van 1.340.919,99 euro om, voor de toeristische sector op het niveau van de gemeenten, de negatieve gevolgen te beperken van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan. Dat bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld:

Amel 73.435,26 euro

Büllingen 135.566,14 euro

Burg-Reuland 37.520,11 euro

Bütgenbach 171.984,69 euro

Eupen 422.438,93 euro

Kelmis 88.362,08 euro

Lontzen 34.990,97 euro

Raeren 80.289,42 euro

Sankt Vith 296.332,39 euro”

Afdeling 4. — Huisvesting

Art. 89. In artikel 29, § 1, van het Waals Wetboek van duurzaam wonen, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 3°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

“4° innovatieve woonprojecten in het kader van een overeenkomst voor een begrensde periode van hoogstens drie jaar.”

3° in het tweede lid worden de woorden “eerste lid” vervangen door de woorden “eerste lid, 1° tot 3°”;

4° in het derde lid wordt het woord “waaraan” vervangen door het woord “waarvan” en wordt het woord “toevertrouwd” vervangen door de woorden “toevertrouwd en behalve voor wat betreft de innovatieve projecten die door de Regering in het kader van een overeenkomst werden goedgekeurd”;

Art. 90. Artikel 148, § 3, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“In afwijking van het eerste lid kan de raad van bestuur vanaf 29 juni 2021 tot de eerstvolgende aanstelling van nieuwe vertegenwoordigers van de gemeenteraden en van de raden voor maatschappelijk welzijn overeenkomstig artikel 151 twee ondervoorzitters aanwijzen.”

Art. 91. In artikel 171bis, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 23 november 2006 en 30 april 2009 en het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede streepje wordt vervangen als volgt:

“- een vertegenwoordiger van organisaties die door de Regering bij voorrang belast zijn met taken inzake consumentenbescherming of zijn plaatsvervanger;”

2° het vierde streepje wordt hersteld als volgt:

“- een vertegenwoordiger van de Orde van Advocaten of zijn plaatsvervanger;”

Hoofdstuk 5. — *Infrastructuur*

Art. 92. In artikel 24, § 2, derde lid, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur worden de woorden “vóór de vaste belofte van de Regering” vervangen door de woorden “vóór de vaste belofte van de Regering of voordat de termijn vermeld in het eerste lid verstreken is”.

Art. 93. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, wordt een artikel 35bis ingevoegd, luidende:

“Art. 35bis - Locaties van het sportondersteuningscentrum

“In afwijking van artikel 16, eerste lid, bedraagt de subsidie 75 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven voor de infrastructuurprojecten vermeld in artikel 2, eerste lid, 1° tot 5° en 7° tot 9°, die betrekking hebben op de sportinfrastructuur die de Koepelorganisatie voor de Sport in de Duitstalige Gemeenschap gebruikt als locaties van het sportondersteuningscentrum die door een gemeente, een gemeenteregie of een intercommunale worden opgericht.”

Art. 94. In het opschrift van hoofdstuk II, afdeling 5, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt het woord “Ziekenhuizen” vervangen door de woorden “Ziekenhuizen en psychiatrische verzorgingstehuizen”.

Art. 95. In artikel 44.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt het woord “ziekenhuizen” vervangen door de woorden “ziekenhuizen en psychiatrische verzorgingstehuizen”.

Hoofdstuk 6. — *Financiën en Begroting*

Art. 96. Opgeheven wordt het decreet van 21 oktober 1991 verklarend dat artikel 4 van de domaniale wet van 22 december 1949 op de Duitstalige Gemeenschap toepasselijk is.

Art. 97. In artikel 1, tweede lid, van het decreet van 14 december 1992 houdende oprichting van een Fonds voor afbetaling van schulden in de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden “artikel 45 van de wet op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd door het koninklijk besluit van 17 juli 1991” vervangen door de woorden “artikel 56 van het decreet van 25 mei 2009 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap”.

Hoofdstuk 7. — *Bijzondere maatregelen in het kader van de overstromingsramp in juli 2021*

Afdeling 1. — Subsidies voor infrastructuur en uitrusting

Art. 98. In afwijking van artikel 16, eerste lid, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur bedraagt de subsidie 90 % van het subsidieerbaar bedrag der uitgaven voor de infrastructuurprojecten vermeld in artikel 2, eerste lid, 1° tot 5° en 7° tot 10° van hetzelfde decreet die betrekking hebben op het vernieuwen of vervangen van infrastructuur die aantoonbaar beschadigd of vernietigd werd door de overstromingsramp van juli 2021. Schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie worden betaald, worden van de subsidiabele uitgaven afgetrokken.

In afwijking van artikel 21, § 2, vijfde lid, van hetzelfde decreet kunnen de desbetreffende aanvragen worden ingediend vanaf 1 augustus 2021 tot en met 31 december 2022.

Art. 99. In afwijking van artikel 16, tweede lid, van hetzelfde decreet bedraagt de subsidie 90 % van het subsidieerbaar bedrag der uitgaven voor de infrastructuurprojecten vermeld in artikel 2, eerste lid, 6°, van hetzelfde decreet die betrekking hebben op het vernieuwen of vervangen van uitrusting die aantoonbaar beschadigd of vernietigd werd door de overstromingsramp van juli 2021. Schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie worden betaald, worden van de subsidiabele uitgaven afgetrokken.

De desbetreffende aanvragen kunnen worden ingediend vanaf 1 augustus 2021 tot en met 31 december 2022.

In afwijking van artikel 24, § 2, derde lid, van hetzelfde decreet kan de Regering toestemming geven om een uitrustingsvoorwerp te subsidiëren nadat de bestelling reeds is geplaatst of nadat de aankoop is verricht.

Afdeling 2. — Subsidies voor uitrusting

Art. 100. In afwijking van artikel 5 en artikel 6, eerste lid, van het decreet van 20 januari 1992 houdende verlening van toelagen voor de aanschaffing van sportmateriaal, kunnen de aanvragers vermeld in artikel 2 van hetzelfde decreet die kunnen bewijzen dat zij getroffen zijn door de overstromingsramp in juli 2021 een subsidie ten belope van 90 % van de subsidiabele uitgaven ontvangen voor beschadigde of vernielde uitrustingsvoorwerpen. Schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie worden betaald, worden van de subsidiabele uitgaven afgetrokken.

De desbetreffende aanvragen kunnen worden ingediend vanaf 1 augustus 2021 tot en met 31 december 2022.

De Regering kan toestemming geven om een uitrustingsvoorwerp te subsidiëren nadat de bestelling reeds is geplaatst of nadat de aankoop is verricht.

Art. 101. In afwijking van artikel 55.1, § 2, eerste lid, 1°, artikel 55.2, § 2, en artikel 55.3 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, kunnen ondersteunde jeugdvoorzieningen die kunnen aantonen dat zij getroffen zijn door de overstromingsramp in juli 2021 een subsidie ten belope van 90 % van de subsidiabele uitgaven ontvangen voor beschadigde of vernielde uitrustingsvoorwerpen. Schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie worden betaald, worden van de subsidiabele uitgaven afgetrokken.

De desbetreffende aanvragen kunnen worden ingediend vanaf 1 augustus 2021 tot en met 31 december 2022.

De Regering kan toestemming geven om een uitrustingsvoorwerp te subsidiëren nadat de bestelling reeds is geplaatst of nadat de aankoop is verricht.

Art. 102. In afwijking van artikel 79, § 2, eerste lid, 1°, artikel 80, § 2, en artikel 81, § 1, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap kunnen de aanvragers vermeld in artikel 80, § 1, van hetzelfde decreet die kunnen aantonen dat zij getroffen zijn door de overstromingsramp in juli 2021 een subsidie ten belope van 90 % van de subsidiabele uitgaven ontvangen voor beschadigde of vernielde uitrustingsvoorwerpen. Schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie worden betaald, worden van de subsidiabele uitgaven afgetrokken.

De desbetreffende aanvragen kunnen worden ingediend vanaf 1 augustus 2021 tot en met 31 december 2022.

De Regering kan toestemming geven om een uitrustingsvoorwerp te subsidiëren nadat de bestelling reeds is geplaatst of nadat de aankoop is verricht.

Art. 103. Ongeacht alle andersluidende bepalingen kunnen aanvragers die werkzaam zijn in de sociale sector en die kunnen bewijzen dat zij getroffen zijn door de overstromingsramp van juli 2021, een subsidie ten belope van 90 % van de subsidiabele uitgaven ontvangen voor beschadigde of vernielde uitrustingsvoorwerpen. Schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie worden betaald, worden van de subsidiabele uitgaven afgetrokken.

De desbetreffende aanvragen kunnen worden ingediend vanaf 1 augustus 2021 tot en met 31 december 2022.

De Regering kan toestemming geven om een uitrustingsvoorwerp te subsidiëren nadat de bestelling reeds is geplaatst of nadat de aankoop is verricht.

Afdeling 3. — Maatregelen inzake werkgelegenheid

Art. 104. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering een bijzondere dotatie toekennen aan de gemeenten Burg-Reuland, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren en Sankt Vith die in juli 2021 zwaar getroffen werden door de overstromingsramp; die middelen worden toegekend in het kader van tewerkstellingsmaatregelen voor de personeelskosten voor de tewerkstelling van werkloze werkzoekenden die bij de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap zijn ingeschreven en die hun verblijfplaats in het Duitse taalgebied hebben. De subsidie is alleen bedoeld voor werkloze werkzoekenden die worden ingezet voor werk dat rechtstreeks verband houdt met de bestrijding van de gevolgen van de voormelde overstromingsramp.

Ze kan worden aangevraagd door gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn, autonome gemeenteregio's, politiezones en hulpverleningszones van het Duitse taalgebied.

De subsidie bedraagt ten hoogste 90 % van de bewijsbare uitgaven. Het brutomaandsalaris, het vakantiegeld, de eindejaarspremie en de overeenkomstige werkgeversbijdragen aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid worden als bewijsbare uitgaven beschouwd.

De ondersteuningsperiode begint op 30 juli 2021 en eindigt op 31 december 2021. De Regering kan deze termijn eenmaal met ten hoogste zes maanden verlengen.

De Regering kan de nadere regels bepalen.

Afdeling 4. — Maatregelen inzake kinderopvang

Art. 105. § 1 - In afwijking van artikel 8, § 3, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en artikel 48 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang geldt de in artikel 48 van hetzelfde decreet vermelde goedkeuring van de wijzigingen van de gegevens bedoeld in artikel 37, § 1, tweede lid, 7°, van hetzelfde decreet waarvan kan worden bewezen dat ze worden gewijzigd wegens de overstromingsramp in juli 2021, voor een periode van zes maanden.

Daartoe dienen de kinderopvangdiensten een aanvraag in bij de Regering.

§ 2 - De overeenkomstig § 1, eerste lid, verleende goedkeuring kan telkens voor een periode van maximaal zes maanden worden verlengd.

§ 3 - De Regering kan de nadere regels bepalen.

Art. 106. In afwijking van artikel 9, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en ongeacht artikel 89 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang worden de in artikel 64 van hetzelfde besluit vermelde minimumeisen inzake het aantal werkdagen per kalenderjaar tot en met 31 december 2022 niet toegepast voor de erkende crèches die kunnen bewijzen dat ze door de overstromingsramp in juli 2021 de voor kinderopvang erkende ruimten niet voor kinderopvang konden gebruiken.

Art. 107. In afwijking van artikel 7, tweede lid, en artikel 9 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en artikel 23 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang worden de erkende kinderopvangdiensten die kunnen bewijzen dat ze door de overstromingsramp in juli 2021 getroffen zijn, ongeacht de situatie van de ruimten, verder als erkende kinderopvangdiensten beschouwd, voor zover de Regering de bij wijze van overgangsregeling gebruikte ruimten goedkeurt en de kinderopvangdiensten permanent en versterkt toezicht uitoefenen.

Het eerste lid geldt tot de kinderopvangdiensten opnieuw opvang kunnen aanbieden in hun oorspronkelijke ruimten, maar uiterlijk tot en met 31 december 2022.

Art. 108. In afwijking van artikel 12, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en ongeacht de voorwaarden inzake minimale bezettingsgraad en ongeacht het vastgelegde aantal openingsdagen vermeld in artikel 91, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang worden de erkende crèches die kunnen bewijzen dat ze de voor kinderopvang erkende ruimten door de overstromingsramp in juli 2021 niet voor dat doel konden gebruiken, verder gesubsidieerd tot en met 31 december 2022.

Art. 109. § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders ontvangen de overeenkomstig dat besluit erkende zelfstandige onthaalouders die kunnen bewijzen dat ze door de overstromingsramp in juli 2021 inkomensverlies hebben geleden en geen socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies ten belope van hoogstens 19 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De onthaalouders ontvangen:

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;

- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders ontvangen de overeenkomstig dat besluit erkende zelfstandige mede-onthaalouders die kunnen bewijzen dat ze door de overstromingsramp in juli 2021 inkomensverlies hebben geleden en geen socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies ten belope van hoogstens 19 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De mede-onthaalouders ontvangen:

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;
- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

Met de aanvraag voor het verkrijgen van de compensatie voor inkomensverlies vermeld in het eerste en het tweede lid stellen de zelfstandige (mede-)onthaalouders de contractueel overeengekomen bijdrage in de kosten niet in rekening van de personen belast met de opvoeding voor de betrokken periode. Indien de personen belast met de opvoeding de bijdrage in de kosten toch betaald hebben, betaalt de zelfstandige (mede-)onthaouder het betaalde bedrag terug aan de personen belast met de opvoeding.

§ 2 - De aanvraag voor de in § 1 bepaalde compensatie voor inkomensverlies wordt uiterlijk op 31 december 2021 bij de Regering ingediend.

§ 3 - De Regering kan de nadere regels bepalen.

Art. 110. In afwijking van artikel 7, tweede lid, en artikel 9 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en artikel 17 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders worden de erkende zelfstandige (mede-)onthaalouders die kunnen bewijzen dat ze door de overstromingsramp in juli 2021 getroffen zijn, ongeacht de situatie van de ruimten, verder als erkend beschouwd, voor zover de Regering de bij wijze van overgangsregeling gebruikte ruimten goedkeurt en de zelfstandige (mede-)onthaalouders permanent en versterkt toezicht uitoefenen.

Het eerste lid geldt tot de (mede-)onthaalouders de bij wijze van overgangsregeling gebruikte ruimten verlaten, maar uiterlijk tot en met 31 december 2022.

Art. 111. In afwijking van artikel 12, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en artikel 29, eerste lid, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders kunnen erkende zelfstandige (mede-)onthaalouders die kunnen bewijzen dat ze door de overstromingsramp in juli 2021 getroffen zijn, een aanvullende subsidie voor de eerste uitrusting ten belope van 220,82 euro en een aanvullende uitrustingssubsidie ten belope van hoogstens 696,20 euro ontvangen voor beschadigde of vernielde uitrustingsvoorwerpen. Schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie worden betaald, worden van de subsidiabele uitgaven afgetrokken.

De desbetreffende aanvragen kunnen worden ingediend vanaf 1 augustus 2021 tot en met 31 december 2022.

Art. 112. Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders wordt voor de erkende zelfstandige (mede-)onthaalouders die kunnen bewijzen dat ze door de overstromingsramp in juli 2021 getroffen werden en een wijziging van hun erkenning hebben aangevraagd, geen rekening gehouden met die wijziging bij de berekening van de subsidies voor aanneembare werkingskosten vermeld in de artikelen 29.2 en 50.1 van hetzelfde besluit.

Afdeling 5. — Maatregelen inzake huisvesting

Art. 113. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering een verhuistegemoetkoming en huurtegemoetkoming toekennen aan personen die bijzonder getroffen zijn door de overstromingsramp in juli 2021 en die aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° ze hebben een woning in het Duitse taalgebied verlaten die door de voormelde overstromingsramp in de zin van artikel 1, 15°, van het Waals Wetboek van duurzaam wonen onbewoonbaar is geworden;

2° ze huren sindsdien een woning in het Duitse taalgebied die kennelijk gezond is in de zin van artikel 1, 12°, van hetzelfde Wetboek;

3° het gaat om gezinnen van categorie 2 of categorie 3 zoals bedoeld in artikel 1, 30° en 31°, van hetzelfde Wetboek.

De verhuistegemoetkoming wordt als eenmalig bedrag toegekend. De huurtegemoetkoming wordt toegekend voor de duur van één jaar vanaf de datum van het in huur nemen van de woning bedoeld in het eerste lid, 2°.

De Regering bepaalt:

1° de verdere voorwaarden voor de toekenning of uitbetaling van de verhuistegemoetkoming of huurtegemoetkoming;

2° het bedrag van de verhuistegemoetkoming en huurtegemoetkoming;

3° de aanvraagprocedure en de beroepsmogelijkheden.

Art. 114. Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het Waals Wetboek van duurzaam wonen kent de Regering aan de openbare huisvestingsmaatschappij voor het begrotingsjaar 2021 een subsidie toe ten belope van maximaal 50.000 euro om het verlies aan huurinkomsten te dekken dat door de overstromingsramp in juli 2021 is ontstaan.

Om de subsidie vermeld in het eerste lid te ontvangen, dient de openbare huisvestingsmaatschappij tegen uiterlijk 31 december 2021 een schriftelijke aanvraag in bij de Regering, samen met een overzicht van het verlies aan huurinkomsten en de desbetreffende bewijsstukken.

Afdeling 6. — Bijzondere dotaties aan de gemeenten en openbare centra voor maatschappelijk welzijn

Art. 115. Ongeacht het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap ontvangen de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van de volgende gemeenten die bijzonder getroffen zijn door de overstromingsramp in juli 2021, voor het begrotingsjaar 2021, een aanvullende dotatie van 769.500 euro voor de financiering van de rechtstreekse steun die aan de betrokken gezinnen werd uitbetaald. Dat bedrag wordt als volgt onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn verdeeld:

Burg-Reuland 7.000 euro

Eupen 650.000 euro

Kelmis 11.000 euro
 Lontzen 22.000 euro
 Raeren 49.000 euro
 Sankt Vith 30.500 euro

Art. 116. Ongeacht het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap ontvangen de volgende gemeenten die bijzonder getroffen zijn door de overstromingsramp in juli 2021, voor het begrotingsjaar 2021, een aanvullende dotatie van 27.275.000 euro voor de financiering van de financiële gevolgen van die ramp, na aftrek van de eventuele schadevergoedingen die in het kader van een verzekeringspolis of door een andere instantie zijn betaald. Dat bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld:

Burg-Reuland 1.202.500 euro
 Eupen 25.000.000 euro
 Kelmis 348.000 euro
 Lontzen 101.000 euro
 Raeren 563.500 euro
 Sankt Vith 60.000 euro

De Regering bepaalt hoe de aanwending van de uitbetaalde bedragen wordt gecontroleerd.

Art. 117. Artikel 11 van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, wordt aangevuld met een § 2.2, luidende:

“§ 2.2 - De gemeente Eupen ontvangt bovendien 500.000 euro die uitsluitend voor de bestrijding van de gevolgen van de overstromingsramp in juli 2021 dienen.”

Hoofdstuk 8. — Varia

Art. 118. In artikel 4, § 4, van het decreet van 26 juni 2000 houdende oprichting van een Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden “Een vaste vertegenwoordiger van de Regering woont” in de eerste zin vervangen door de woorden “Hoogstens twee vaste vertegenwoordigers van de Regering wonen” en wordt het woord “vertegenwoordiger” in de tweede zin vervangen door het woord “vertegenwoordigers”.

Art. 119. In artikel 65, § 1, van het programmadecreet 2013 van 25 februari 2013, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° er wordt een bepaling onder 6° ingevoegd, luidende:

“6° in het jaar 2022: 2.097,94 euro per voltijds equivalente betrekking.”

Hoofdstuk 9. — Slotbepalingen

Art. 120. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2022, met uitzondering van:

1° artikel 7, dat uitwerking heeft met ingang van 1 juni 2019;

2° artikel 14 en de artikelen 17 tot 30, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2020;

3° artikel 3, 2°, dat uitwerking heeft met ingang van 1 juli 2021;

4° artikel 5, dat uitwerking heeft met ingang van 29 oktober 2021;

5° artikel 90, dat uitwerking heeft met ingang van 1 juni 2019;

6° de artikelen 4, 33, 34, 46, 88 en 98 tot 115, die in werking treden op de dag dat dit decreet wordt aangenomen;

7° de artikelen 11 en 12, die in werking treden op 1 april 2022.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 15 december 2021.

O. PAASCH,
 De Minister-President,
 Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,
 De Viceminister-President,
 Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,
 De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,
 De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2021-2022

Parlementaire stukken: 173 (2021-2022) Nr. 1 Voorstel van decreet

173 (2021-2022) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

173 (2021-2022) Nr. 3 Verslag

173 (2021-2022) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 15 oktober 2021 - Nr. 37 Bespreking en aanneming